



**Brüssel, den 22. Juli 2026
(OR. en)**

**11674/26
ADD 6**

**FREMP 239
JAI 965
AG 114
POLGEN 189**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender:	Frau Martine DEPREZ, Direktorin, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission
Eingangsdatum:	17. Juli 2026
Empfänger:	Frau Thérèse BLANCHET, Generalsekretärin des Rates der Europäischen Union
Nr. Komm.dok.:	SWD(2026) 905 final
Betr.:	ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union

Die Delegationen erhalten als Anlage das Dokument SWD(2026) 905 final.

Anl.: SWD(2026) 905 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 17.7.2026
SWD(2026) 905 final

ARBEITSUNTERLAGE DER KOMMISSIONSDIENSTSTELLEN

Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland

Begleitunterlage zur

**Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen
Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen**

Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union

{COM(2026) 900 final} - {SWD(2026) 901 final} - {SWD(2026) 902 final} -
{SWD(2026) 903 final} - {SWD(2026) 904 final} - {SWD(2026) 906 final} -
{SWD(2026) 907 final} - {SWD(2026) 908 final} - {SWD(2026) 909 final} -
{SWD(2026) 910 final} - {SWD(2026) 911 final} - {SWD(2026) 912 final} -
{SWD(2026) 913 final} - {SWD(2026) 914 final} - {SWD(2026) 915 final} -
{SWD(2026) 916 final} - {SWD(2026) 917 final} - {SWD(2026) 918 final} -
{SWD(2026) 919 final} - {SWD(2026) 920 final} - {SWD(2026) 921 final} -
{SWD(2026) 922 final} - {SWD(2026) 923 final} - {SWD(2026) 924 final} -
{SWD(2026) 925 final} - {SWD(2026) 926 final} - {SWD(2026) 927 final} -
{SWD(2026) 928 final} - {SWD(2026) 929 final} - {SWD(2026) 930 final} -
 {SWD(2026) 931 final}

ZUSAMMENFASSUNG

Der Grad der Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland wird derzeit sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch in den Unternehmen als sehr hoch wahrgenommen. Auf Bundes- und Länderebene werden weiterhin Reformen zur weiteren Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Justizsystems erwogen. Mit dem neuen Pakt für den Rechtsstaat und einer gemeinsamen Kampagne, mit der qualifiziertes Personal angeworben werden soll, erfolgten beträchtliche Schritte, um die Ressourcen der Justiz aufzustocken und die Herausforderungen bei der Einstellung neuen Personals zu bewältigen. Die Bemühungen um eine bessere Digitalisierung der Justiz laufen weiter; in der Praxis ist die Digitalisierung je nach Region unterschiedlich weit fortgeschritten. In mehr als der Hälfte der Bundesländer wurden spezialisierte Commercial Courts und Commercial Chambers eingerichtet, die ihre Arbeit aufgenommen haben. Im Hinblick auf Einschränkungen des Rechts auf Rechtsbeistand unter bestimmten Umständen wurden einige Herausforderungen festgestellt. Insgesamt arbeitet das Justizsystem in Zivil- und Handelssachen weiterhin effizient, wobei Änderungen der Vorschriften für Straf- und Verwaltungsverfahren geprüft werden.

Die geplante Überarbeitung des strategischen Rahmens zur Korruptionsbekämpfung und der Regelung für Geschenke in der Bundesverwaltung steht noch aus. Deutschland wird die Sanktionen gegen juristische Personen, auch bei Korruptionsdelikten, verschärfen. Korruption auf hoher Ebene wird bekämpft, systemische Schwächen wurden nicht ermittelt. Die Arbeiten zur Einführung eines umfassenden legislativen Fußabdrucks müssen noch vorangetrieben werden, um die Transparenz in einem Umfeld, das von einer starken Interessenvertretung der Wirtschaft geprägt ist, weiter zu erhöhen. Das Lobbyregister wird wirksam durchgesetzt. Einige Mängel bestehen nach wie vor bei der Durchsetzung der Vorschriften über Interessenkonflikte und Vermögenserklärungen von Abgeordneten und Regierungsbeamtinnen und -beamten sowie im Bereich des Schutzes von hinweisgebenden Personen und der Parteien- und Wahlkampffinanzierung. Die Verknüpfung des vollständig elektronischen Wettbewerbsregisters mit dem Unternehmensbasisdatenregister könnte die Ermittlung der Daten von Unternehmen vereinfachen, die an öffentlichen Vergabeverfahren beteiligt sind, wie in der Evaluierung des Wettbewerbsregistergesetzes empfohlen.

Den unabhängigen Medienanstalten wurden neue Durchsetzungsbefugnisse im Bereich Jugendschutz übertragen. Die vom Organ der freiwilligen Selbstkontrolle ausgesprochenen Rügen erreichten ein sehr hohes Niveau. Reformen zur weiteren Stärkung der Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind in Kraft getreten; die Beratungen über die künftige Finanzierung gehen weiter. Das Geschäftsumfeld der Mediendiensteanbieter ist insgesamt stabil geblieben. Die Pläne für den Erlass neuer Maßnahmen zur Förderung des Medienpluralismus kommen voran. Bei der Empfehlung, einen Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden gesetzlich festzuschreiben, wurden keine weiteren Schritte unternommen. Der allgemeine Rahmen für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten ist stabil geblieben, doch geben Berichte über physische und Online-Angriffe Anlass zur Sorge. Derzeit wird daran gearbeitet, Schutzmaßnahmen gegen SLAPP-Klagen in die Rechtsvorschriften aufzunehmen.

Die Dauer von Konsultationen der Interessenträger und die Nutzung von Folgenabschätzungen werden von den Ministerien in der Praxis nach wie vor unterschiedlich gehandhabt. Es wurden keine Schritte zur Anpassung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen unternommen, was in der Praxis weiterhin zu Hindernissen

für die Zivilgesellschaft führt. Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen bei ihrer Tätigkeit noch immer vor einigen Herausforderungen, und die Finanzierungsprogramme für Organisationen im Bereich der Demokratieförderung stehen derzeit auf dem Prüfstand.

EMPFEHLUNGEN

Auf der Grundlage der Empfehlungen des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit 2025 und unter Berücksichtigung anderer Entwicklungen im Bezugszeitraum kommt die Kommission insgesamt zu folgendem Schluss:

- Durch den neuen Pakt für den Rechtsstaat und eine gemeinsame Kampagne zur Anwerbung qualifizierten Personals wurden erhebliche weitere Fortschritte bei der Aufstockung der Ressourcen der Justiz und der Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Personaleinstellung erzielt. Um den verbleibenden Herausforderungen zu begegnen, wird Deutschland empfohlen, *die Umsetzung des Pakts für den Rechtsstaat sowohl in Bezug auf die Humanressourcen als auch auf die Digitalisierung voranzubringen und die Maßnahmen fortzusetzen, um unter Berücksichtigung der europäischen Standards für Ressourcen im Justizsystem die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Personaleinstellung zu bewältigen.*
- Bei der Intensivierung der Bemühungen zur Stärkung des „legislativen Fußabdrucks“, um die Beiträge von Lobbyisten umfassend in einem öffentlichen Register zu erfassen und den Anwendungsbereich des legislativen Fußabdrucks auf die parlamentarische Phase des Gesetzgebungsverfahrens auszuweiten, wurden keine Fortschritte erzielt. Da hier noch Verbesserungsbedarf besteht, wird Deutschland empfohlen, *die Bemühungen, die Beiträge von Lobbyisten zum Gesetzgebungsverfahren umfassend in einem öffentlichen Register zu erfassen, zu intensivieren.*
- Bei der Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Informationsrecht der Presse in Bezug auf Bundesbehörden wurden keine weiteren Fortschritte erzielt, da die internen Vorbereitungen nicht fortgesetzt wurden. Deutschland wird daher empfohlen, *die Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Informationsrecht der Presse in Bezug auf Bundesbehörden unter Berücksichtigung europäischer Standards für den Zugang zu amtlichen Dokumenten voranzubringen.*
- Bei der Anpassung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen, die sich in der Praxis immer noch auf die Zivilgesellschaft auswirkt, wurden keine Fortschritte erzielt. Daher wird Deutschland empfohlen, *Schritte zu unternehmen, um eine Anpassung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen vorzunehmen und so den Herausforderungen zu begegnen, die mit den derzeit geltenden Vorschriften für den Betrieb dieser Organisationen in der Praxis verbunden sind, wobei europäische Standards für die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu berücksichtigen sind.*

I. JUSTIZSYSTEM¹

Unabhängigkeit

Der Grad der Unabhängigkeit der Justiz in Deutschland wird derzeit sowohl in der breiten Öffentlichkeit als auch bei den Unternehmen als sehr hoch wahrgenommen. Im Jahr 2026 bewerten insgesamt 82 % der Gesamtbevölkerung und 77 % der Unternehmen die Unabhängigkeit der Gerichte und der Richterinnen und Richter als „eher gut oder sehr gut“². Die Unabhängigkeit der Justiz wird von der Öffentlichkeit erheblich besser als 2025 (72 %) bzw. besser als 2022 (76 %) bewertet. Die Unabhängigkeit der Justiz wird von den Unternehmen verglichen mit 2025 (70 %) erheblich besser bewertet, während die Wahrnehmung verglichen mit 2022 (77 %) auf demselben Niveau geblieben ist.

Auf Bundes- und Länderebene werden weiterhin Reformen zur weiteren Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Justizsystems erwogen. Nach der Reform zur Stärkung der Resilienz des Bundesverfassungsgerichts im Dezember 2024³ traten im Oktober 2025 drei neue Ernennungen am Verfassungsgericht in Kraft. Was weitere Bemühungen um ein resilienteres Justizsystem betrifft, so stehen auf Bundesebene zwei Initiativen in Bezug auf ehrenamtliche Richterinnen und Richter noch aus. Erstens soll ihre Pflicht zur Gewährleistung der Verfassungstreue bestätigt werden, und zweitens soll es ihnen ermöglicht werden, ihr Amt nach Ablauf ihrer fünfjährigen Amtszeit weiter auszuüben, wenn die üblicherweise für die Wahl eines Nachfolgers erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht erreicht werden kann⁴. Auf Länderebene betreffen die laufenden Initiativen die Widerstandsfähigkeit ihrer Verfassungsgerichte (die weitgehend die Reform auf Bundesebene widerspiegeln)⁵ und – sofern vorhanden – der Ausschüsse für die Wahl der Richterinnen und Richter⁶. Was das Recht der Justizministerien betrifft, in Einzelfällen Staatsanwaltschaften Weisung zu erteilen, so gibt es auf Bundesebene keine Pläne, dieses System zu ändern, während in zwei Bundesländern weitere Initiativen in dieser Hinsicht auf den Weg gebracht wurden⁷.

¹ Einen Überblick über den institutionellen Rahmen für alle vier Säulen finden Sie [hier](#).

² EU-Justizbarometer 2026, Schaubilder 48 und 50, und EU-Justizbarometer 2024, Schaubilder 51 und 53. Die Wahrnehmung der Unabhängigkeit der Justiz wird wie folgt kategorisiert: sehr gering (weniger als 30 % der Befragten nehmen die Unabhängigkeit der Justiz als eher gut oder sehr gut wahr), gering (zwischen 30 und 39 %), mittelmäßig (zwischen 40 und 59 %), hoch (zwischen 60 und 75 %), sehr hoch (über 75 %).

³ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 3.

⁴ Ein Gesetzentwurf über die Gewährleistung der Verfassungstreue ehrenamtlicher Richterinnen und Richter wurde in der vorangegangenen Legislaturperiode vorgelegt, nach der Bundestagswahl aber nicht weiterverfolgt. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 2. Siehe auch Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025b).

⁵ Derartige Überlegungen gibt es in Berlin, Brandenburg, im Saarland, Sachsen-Anhalt (im Mai 2026 umgesetzt), Hamburg und Niedersachsen; sie sind unterschiedlich weit vorangekommen. Länderbesuch in Deutschland, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister. Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026a), zusätzlicher schriftlicher Beitrag, S. 53 bis 56.

⁶ Derartige Überlegungen werden derzeit in Schleswig-Holstein angestellt. In Thüringen arbeitet der Richterwahlausschuss weiterhin in seiner alten Zusammensetzung, da die Zweidrittelmehrheit, die für die Wiederernennung der aus den Reihen der Parlamentsmitglieder ausgewählten Mitglieder erforderlich ist, nicht erreicht werden konnte. Länderbesuch in Deutschland, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister.

⁷ In Sachsen prüft das Justizministerium, ob die Bedingungen für Weisungen formalisiert werden sollten, um die Transparenz zu erhöhen. In Mecklenburg-Vorpommern erklärte die Justizministerin im Dezember 2025, sie werde nur dann Weisungen erteilen, wenn die Bearbeitung des Falls durch die Staatsanwaltschaften und

Interessenträger⁸ sowie ein kürzlich durchgeführtes Forschungsprojekt, das sich auf potenzielle Schwachstellen im derzeitigen System konzentriert⁹, zeigen weitere Handlungsschwerpunkte auf, darunter die Ernennung von Richterinnen und Richtern, insbesondere die stärker formalisierte Einbeziehung der Präsidialräte und die Haushaltsautonomie der Justiz. Das Bundesministerium für Justiz hat auf die laufenden Arbeiten an einer bundeseinheitlichen Justizcloud (siehe unten) als zusätzlichem Schutz für die Resilienz im Hinblick auf die IT-Infrastruktur hingewiesen und prüft derzeit – auch auf der Grundlage der Empfehlungen des Justiz-Projekts – weitere Handlungsbereiche, einschließlich der Rolle der Präsidialräte¹⁰. Auf ihrer Konferenz im Juni 2026 bekräftigten die Justizministerinnen und Justizminister der Länder, wie wichtig es sei, die rechtlichen Grundlagen des Justizsystems fortlaufend auf ihre Resilienz hin zu überprüfen und bei Bedarf weitere Maßnahmen in den Blick zu nehmen¹¹.

Qualität

Erhebliche weitere Fortschritte wurden bei der Empfehlung erzielt, die Ressourcen der Justiz aufzustocken und Herausforderungen bei der Einstellung neuen Personals zu bewältigen – und zwar durch den neuen Pakt für den Rechtsstaat und eine gemeinsame Kampagne zur Anwerbung qualifizierten Personals¹². Im Anschluss an die Ankündigung im Koalitionsvertrag¹³ einigten sich Bund und Länder im Juni 2026 auf einen neuen „Pakt für den Rechtsstaat“, mit dem den Ländern 240 Mio. EUR an Bundesmitteln zur Verfügung gestellt werden, um etwa 2 000 neue Stellen in ihren Justizbehörden zu schaffen. Ziel des Pakts, der drei Säulen umfasst, nämlich Humanressourcen, Digitalisierung und effizientere Verfahren, ist die Stärkung der Wirksamkeit des Justizsystems insgesamt¹⁴. Die Interessenträger haben diese Ankündigung begrüßt, insbesondere im Hinblick auf die aus ihrer Sicht erforderlichen 2 000 Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte, für Strafrichterinnen und Strafrichter¹⁵. Dieser Mangel wirkt sich nach wie vor auf die Effizienz der Strafverfahren aus: Ende 2025 waren mehr als eine Million Verfahren anhängig, und die Zahl der Fälle, in denen Personen aufgrund langwieriger Verfahren aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, hat zugenommen¹⁶. Die Ausgaben für das Justizwesen im Verhältnis zum BIP bleiben auf einem relativ hohen Niveau¹⁷, und fast alle Bundesländer

die Generalstaatsanwaltschaft rechtlich unhaltbar sei (was jedoch für künftige Justizministerinnen oder Justizminister nicht bindend ist).

⁸ Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Richterbund, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein, Bundesgerichtshof, nationale Menschenrechtsorganisation, Gesellschaft für Freiheitsrechte (GFF). Deutscher Anwaltverein, Liberties (2026), schriftliche Beiträge, S. 4 bis 7 bzw. S. 303 bis 304.

⁹ Das Justiz-Projekt, abrufbar unter: [Das Justiz-Projekt](#).

¹⁰ Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz.

¹¹ Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026a).

¹² Im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 wurde Deutschland empfohlen, „Maßnahmen zu ergreifen, um unter Berücksichtigung der europäischen Standards für Ressourcen im Justizsystem die Ressourcen der Justiz aufzustocken und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Personaleinstellung anzugehen“. In Bezug auf diese Empfehlung waren in den Jahren 2025 und 2024 einige Fortschritte und im Jahr 2023 keine Fortschritte verzeichnet worden.

¹³ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 4 und 5.

¹⁴ Bundesministerium der Justiz (2026a). Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 1. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025a).

¹⁵ Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Richterbund, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein. Deutscher Richterbund (2026a).

¹⁶ Deutscher Richterbund (2026), schriftlicher Beitrag, S. 13, und Informationen während des Länderbesuchs in Deutschland.

¹⁷ EU-Justizbarometer 2026, Schaubild 34.

haben weitere zusätzliche Stellen in ihren Justizbehörden geschaffen¹⁸. Um die Justiz attraktiver zu machen und angesichts der bevorstehenden Pensionierungswellen haben die Länder eine gemeinsame Kampagne gestartet, die darauf abzielt, junge Menschen für die Justiz zu gewinnen; sie werden nun prüfen, wie diese Kampagne weiter ausgebaut werden kann¹⁹. Was die Bezüge von Richterinnen und Richtern betrifft, so haben der Bund und die meisten Länder wie in den Vorjahren den jüngsten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst auf die Justiz angewandt oder beabsichtigen, ihn anzuwenden²⁰. Die Einstiegsgehälter für Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte liegen jedoch immer noch leicht unter dem durchschnittlichen nationalen Bruttogehalt²¹, und es bestehen nach wie vor regionale Unterschiede²². In einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom September 2025 wurde festgestellt, dass die Höhe der Besoldung von Beamtinnen und Beamten (einschließlich Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten) im Land Berlin zwischen 2008 und 2020 in den meisten Fällen verfassungswidrig war²³. Weitere ähnliche Fälle sind noch beim Bundesverfassungsgericht anhängig, und alle Länder prüfen derzeit die erforderlichen Folgemaßnahmen, auch aufgrund der Weiterentwicklung der Kriterien für eine angemessene Besoldung durch das Bundesverfassungsgericht²⁴. Die Interessenträger betonen weiterhin, dass zusätzliche Maßnahmen zur Sicherstellung einer angemessenen Besoldung – auch aufgrund dieser Rechtsprechung – erforderlich sind, da die Justiz bei der Einstellung qualifizierten Personals vor ernststen Herausforderungen steht²⁵. Insgesamt wurden in Bezug auf die Empfehlung erhebliche weitere Fortschritte erzielt.

Die Bemühungen um eine bessere Digitalisierung der Justiz laufen weiter; in der Praxis ist die Digitalisierung je nach Region unterschiedlich weit fortgeschritten. Der Digitalisierungsgrad der Justiz ist in Zivil-, Handels- und Verwaltungssachen insgesamt gut²⁶, während in Strafsachen die Verfahrensvorschriften, die den Einsatz digitaler Instrumente und

¹⁸ Die Bandbreite reichte 2026 von fünf im Saarland bis zu fast 76 in Nordrhein-Westfalen. Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026), zusätzlicher schriftlicher Beitrag, S. 10 bis 14.

¹⁹ Die Kampagne „Unser Recht braucht Dich“ beinhaltet einen Werbeclip, der in den Kinos in ganz Deutschland ausgestrahlt wurde, und eine [Website](#), die rund zwei Millionen Menschen erreichte. Weitere Maßnahmen könnten Werbung in Audio- oder Printmedien umfassen. Länderbesuch in Deutschland, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026b).

²⁰ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 6 bis 8. Das entspräche einer Erhöhung der Besoldung um 2,8 % ab April 2026, um weitere 2 % im März 2027 und um 1 % im Jahr 2028. In Hessen, das nicht der Tarifgemeinschaft der deutschen Bundesländer angehört, sind ähnliche Erhöhungen vorgesehen. Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026a), zusätzlicher schriftlicher Beitrag, S. 15 bis 21.

²¹ EU-Justizbarometer 2026, Schaubild 35. Zusätzliche Leistungen für Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte wie Sonderpensionen, die grundsätzliche Befreiung von den Sozialbeiträgen, Wohngeld oder andere finanzielle Leistungen sind im Schaubild nicht berücksichtigt.

²² Deutscher Richterbund (2026c).

²³ Die Begründung stützt sich auf das aus Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz hergeleitete „Alimentationsprinzip“. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. September 2025, 2 BvL 5/18 u. a. In dem Beschluss werden die Überarbeitung der einschlägigen Rechtsvorschriften bis Ende März 2027 und in bestimmten Fällen Nachzahlungen gefordert.

²⁴ Länderbesuch in Deutschland, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister und zusätzlicher schriftlicher Beitrag (2026), S. 22 bis 28.

²⁵ Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit im Vergleich zu den Gehältern im privaten Sektor stellt in dieser Hinsicht eine weitere Herausforderung dar. Deutscher Richterbund, Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichtern (2026), schriftliche Beiträge, S. 13 bzw. S. 9. Deutscher Richterbund (2026b).

²⁶ Digitale Lösungen für die Einleitung und Verfolgung von Verfahren in Zivil-, Handels- und Verwaltungssachen sind weiter noch nicht regelmäßig verfügbar. EU-Justizbarometer 2026, Schaubilder 40 bis 44.

die Verfügbarkeit digitaler Lösungen für die Durchführung und Verfolgung von Verfahren regeln, nach wie vor restriktiver sind²⁷. Die Umsetzung der Digitalisierungsinitiative, die seit 2023 im Gange ist, wurde mit Vorzeigeprojekten wie der bundeseinheitlichen Justizcloud²⁸ fortgesetzt; die verbleibenden Mittel sollen bis Ende 2026 weiteren Projekten zugewiesen werden²⁹. Im Rahmen der zweiten Säule des neuen Pakts für den Rechtsstaat wurden für den Zeitraum 2027-2029 zusätzliche 210 Mio. EUR an Bundesmitteln für die Digitalisierung bereitgestellt³⁰. Die elektronische Akte für alle neuen Fälle wurde bis zum Ablauf der Frist im Januar 2026 in allen Bundesländern mit Ausnahme Sachsen-Anhalts eingeführt; in Sachsen-Anhalt wurde eine Fristverlängerung um ein Jahr beantragt³¹. Die Interessenträger berichten nach wie vor über erhebliche regionale Unterschiede beim Digitalisierungsgrad, was beispielsweise mit der variierenden Qualität und Verfügbarkeit von Instrumenten sowie dem Niveau der digitalen Kompetenzen in den jeweiligen Bundesländern zusammenhängt³². Im Hinblick auf die Einführung einer digitalen Dokumentation der strafgerichtlichen Hauptverhandlung – weiterhin eine zentrale Forderung einiger Interessenträger – wurden keine weiteren Schritte unternommen³³. Als weitere Herausforderung wird die eingeschränkte Veröffentlichung von Urteilen im Internet ebenso wie das Fehlen eines optimierten bundesweiten Portals für den Zugang zu Gesetzen und Gerichtsentscheidungen genannt³⁴. In diesem Zusammenhang hat die Bundesregierung die Einrichtung einer Online-Datenbank für Urteile angekündigt, die die Urteile der Bundesgerichte abdecken würde und voraussichtlich 2028 in Betrieb genommen wird, wobei eventuell die Möglichkeit besteht, sie später auch mit den Gerichten der Länder zu verknüpfen³⁵.

In mehr als der Hälfte der Bundesländer wurden spezialisierte Commercial Courts und Commercial Chambers eingerichtet, die ihre Arbeit aufgenommen haben. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes über ihre Einrichtung im April 2025³⁶ wurden in neun Bundesländern Commercial Courts und/oder Commercial Chambers geschaffen, während die anderen Länder zu dem Schluss kamen, dass derartige Gerichte oder Kammern vor allem

²⁷ EU-Justizbarometer 2026, Schaubilder 40 und 45.

²⁸ Die Justizcloud ermöglicht eine zentrale Bereitstellung und Nutzung von Softwareanwendungen auf Bundes- und Länderebene. Für 2027 wird ein Minimalprodukt erwartet. Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 10.

²⁹ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 5.

³⁰ Diese Mittel würden auf der Grundlage einer ergebnisorientierten Haushaltsplanung ausgegeben, mit der eine Reihe der durch die derzeitige Digitalisierungsinitiative gewonnenen Erkenntnisse umgesetzt würden. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz und Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 10.

³¹ In einigen Bereichen gelten jedoch nach wie vor Übergangsmaßnahmen; zudem gibt es bestimmte technische Probleme bei der praktischen Nutzung der elektronischen Akte. Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 12 bis 15. Länderbesuch in Deutschland, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister.

³² Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Richterbund, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein, Bundesgerichtshof.

³³ Deutscher Anwaltverein, Bundesrechtsanwaltskammer (2026), schriftliche Beiträge, S. 13 bzw. S. 14 und 15. Es wird erwartet, dass dieses Thema von der Expertenkommission für Strafverfahren (siehe unten) aufgegriffen werden könnte.

³⁴ Derzeit sind Entscheidungen häufig nur über gebührenpflichtige Datenbanken zugänglich. Liberties (2026), S. 301. Siehe auch EU-Justizbarometer 2026, Schaubild 46. Europäisches Semester (2026), Länderbericht Deutschland, S. 14.

³⁵ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 11.

³⁶ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 6.

wegen geringer Fallzahlen nicht erforderlich sind³⁷. Die Zahl der bei den verschiedenen Gerichten eingehenden Rechtssachen variiert, ist aber gegenwärtig relativ gering³⁸. Einige Interessenträger aus der Wirtschaft äußern nach wie vor Vorbehalte, weil die Voraussetzung für ein Verfahren vor einem Commercial Court ein hoher Streitwert ist³⁹. Was die herkömmlichen gesonderten Kammern für Handelssachen betrifft, die sich aus einem hauptamtlichen Richter bzw. einer hauptamtlichen Richterin und zwei in Handelsfragen sachkundigen ehrenamtlichen Richterinnen oder Richtern zusammensetzen, so schuf die Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister eine Arbeitsgruppe, die Beiträge von Vertretern der Justiz, der Rechtsanwaltschaft sowie von Unternehmen einholte. Diese Arbeitsgruppe, die infolge eines deutlichen Rückgangs neuer Verfahren eingerichtet wurde, hat die Aufgabe, Vorschläge für die Zukunft der Kammern im Hinblick auf ihre Organisation, ihr Personal und den allgemeinen Rechtsrahmen zu unterbreiten. Sie wird ihre Ergebnisse im Herbst 2026 vorlegen⁴⁰.

Im Hinblick auf Einschränkungen des Rechts auf Rechtsbeistand unter bestimmten Umständen wurden einige Herausforderungen festgestellt. Mit einer im Dezember 2025 angenommenen Reform des Aufenthaltsgesetzes wurde die pflichtanwaltliche Vertretung in Fällen von Abschiebungshaft abgeschafft⁴¹. Während die Bundesregierung betont, dass das Recht auf Rechtsbeistand in solchen Fällen nach wie vor gewährleistet ist⁴², kritisieren Interessenträger, dass es für inhaftierte Personen, denen die Abschiebung bevorsteht, in der Praxis äußerst schwierig ist, rechtzeitig eine anwaltliche Vertretung zu erhalten, wenn diese nicht mehr obligatorisch ist⁴³. Was die internationale Rechtshilfe in Strafsachen betrifft, so soll mit einem im September 2025 vorgelegten Gesetzentwurf der Rechtsschutz verbessert werden, indem das Recht, gegen die Zulässigkeit einer Auslieferungsentscheidung einen Rechtsbehelf einzulegen, gewährt wird⁴⁴. Interessenträger kritisieren jedoch die Einschränkungen des Rechtsbehelfs im Gesetzentwurf, da dieser kein vollwertiges Rechtsmittel, sondern nur eine erneute Prüfung durch dieselbe Kammer mit kurzen Fristen und Einschränkungen des Rechts auf persönliche Anhörung vorsieht⁴⁵.

Effizienz

Insgesamt arbeitet das Justizsystem in Zivil- und Handelssachen weiterhin effizient, es wird erwogen, die Verfahrensregeln für Straf- und Verwaltungssachen zu ändern, um die Verfahren zu vereinfachen. Die Dispositionszeit in Zivil- und Handelsstreitigkeiten in

³⁷ Rheinland-Pfalz ist nach wie vor offen für die im Gesetz vorgesehene Möglichkeit, mit einem Commercial Court in einem benachbarten Bundesland zusammenzuarbeiten. Länderbesuch in Deutschland, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister.

³⁸ Wenn es keine neuen Fälle gibt, die in die besondere Zuständigkeit der Commercial Courts oder Commercial Chambers fallen, befassen sich die betreffenden Richterinnen und Richter weiterhin mit regulären Zivilsachen.

³⁹ Länderbesuch in Deutschland, DIHK.

⁴⁰ Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025c). Länderbesuch in Deutschland, DIHK.

⁴¹ Mit der Reform wird § 62d des Aufenthaltsgesetzes abgeschafft; sie tritt am 1. Juni 2026 in Kraft.

⁴² Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein (2026), schriftliche Beiträge, jeweils S. 18. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium des Innern, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein.

⁴³ Länderbesuch in Deutschland, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein. Bundesrechtsanwaltskammer und Deutscher Anwaltverein (2026), schriftliche Beiträge.

⁴⁴ Gesetzentwurf über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz.

⁴⁵ Bundesrechtsanwaltskammer (2025). Deutscher Anwaltverein, Bundesrechtsanwaltskammer (2026), schriftliche Beiträge, S. 30 bzw. S. 12 und 13.

erster Instanz ging zurück (von 249 Tagen im Jahr 2023 auf 232 Tage im Jahr 2024) und blieb in Verwaltungssachen gleich (391 Tage im Jahr 2023 und 389 Tage im Jahr 2024). Gleichzeitig blieb die Zahl der in erster Instanz anhängigen Verwaltungssachen von 2022 bis 2024 gleich⁴⁶, während sie bei den anhängigen Zivil- und Handelsstreitigkeiten leicht gestiegen ist (von 0,8 im Jahr 2023 auf 0,9 je 100 Einwohnerinnen und Einwohner im Jahr 2024). Die zuvor hohen Abschlussquoten in Verwaltungssachen sind deutlich zurückgegangen (von 109 % im Jahr 2023 auf 99 % im Jahr 2024), während sie in Zivil- und Handelsstreitigkeiten gestiegen sind (von 97 % im Jahr 2023 auf 100 % im Jahr 2024)⁴⁷. Nach der Einführung des Leitentscheidungsverfahrens im Oktober 2024⁴⁸ hat die erste derartige Entscheidung, die vom Bundesgerichtshof im November 2024 erlassen wurde, zur beabsichtigten Beschleunigung der Verfahren in derselben Angelegenheit bei den Instanzgerichten geführt. Dies ist jedoch noch keine Lösung für eine wirksamere direkte Bewältigung zivilgerichtlicher Massenverfahren in den unteren Instanzen⁴⁹. In der Zwischenzeit wurden Bemühungen um für mehr Verfahrenseffizienz im Bereich der Verwaltungsverfahren eingeleitet; so hat die Bundesregierung dem Bundesrat im Mai 2026 einen Entwurf für eine Reform der Verwaltungsgerichtsordnung vorgelegt⁵⁰. Zur Steigerung der Effizienz von Strafverfahren hat der Bund gemeinsam mit den Ländern eine Expertenkommission eingerichtet, die sich aus Sachverständigen aus Wissenschaft und Praxis zusammensetzt⁵¹. Der Abschlussbericht mit Reformvorschlägen wird für Herbst 2026 erwartet⁵². Diese Reformen verschiedener Prozessordnungen sind auch Teil des Pakts für den Rechtsstaat, mit dem Gerichtsverfahren vereinfacht und beschleunigt werden sollen⁵³.

II. RAHMEN FÜR DIE KORRUPTIONSBEKÄMPFUNG

Von Sachverständigen, Bürgerinnen und Bürgern sowie Führungskräften der Wirtschaft wird die Korruption im öffentlichen Sektor nach wie vor als relativ gering wahrgenommen. Im Korruptionswahrnehmungsindex 2025 von Transparency International belegt Deutschland mit 77 von 100 Punkten in der Europäischen Union Platz 6 und weltweit

⁴⁶ Bei 0,7 je 100 Einwohnerinnen und Einwohner.

⁴⁷ EU-Justizbarometer 2025, Schaubilder 5, 7, 10, 11, 13 und 14.

⁴⁸ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 6 und 7.

⁴⁹ Bei sogenannten Massenverfahren handelt es sich in der Regel um eine große Zahl von Einzelklagen, die dieselben zentralen Rechtsfragen aufwerfen und mit denen gleichgelagerte Ansprüche geltend gemacht werden, z. B. nach dem Diesel-Skandal oder in verbraucherrechtlichen Streitigkeiten im Zusammenhang mit Versicherungs- oder Bankverträgen. Länderbesuch in Deutschland, Bundesgerichtshof. Die Leitentscheidung des Bundesgerichtshofs (2024) VI ZR 10/24 betrifft die Datenextraktion.

⁵⁰ In dem Entwurf wird vorgeschlagen, den Einsatz von Einzelrichterinnen oder Einzelrichtern an Gerichten der unteren Instanzen und einer Spruchkörperbesetzung mit drei (anstelle von fünf) Richterinnen oder Richtern am Bundesverwaltungsgericht auszuweiten und in Verwaltungsverfahren unter Umständen die Einreichung von Widersprüchen in Textform per E-Mail anstelle der derzeit vorgeschriebenen Schriftform mit eigenhändiger Unterschrift zuzulassen. Bundesministerium der Justiz (2026).

⁵¹ Mit dem allgemeinen Ziel, die Effizienz zu steigern und die Hauptverhandlung zu beschleunigen, befassen sich die sechs Arbeitsgruppen auch mit Rechtsbehelfen, Strafbefehlen ohne mündliches Verfahren, der Beweisaufnahme, dem Beweistransfer aus Ermittlungen der Staatsanwaltschaft an Gerichtsverfahren, den Verteidigungsrechten und den Opferrechten. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz, Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister. Im Großen und Ganzen begrüßten die Interessenträger diesen Schritt. Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Richterbund, Deutscher Anwaltverein, Bundesrechtsanwaltskammer. Die Bundesrechtsanwaltskammer hofft, in diesem Kontext die audiovisuelle Dokumentation/Aufzeichnung der Hauptverhandlung umzusetzen, was auch vom Deutschen Anwaltverein begrüßt wird.

⁵² Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20.

⁵³ Bundesministerium der Justiz (2026a).

Platz 7⁵⁴. Diese Wahrnehmung ist in den letzten fünf Jahren relativ konstant geblieben⁵⁵. Die Eurobarometer-Sonderumfrage 2026 zur Korruption zeigt, dass 58 % der Befragten Korruption in ihrem Land für weitverbreitet halten (EU-Durchschnitt: 71 %) und sich 12 % der Befragten in ihrem Alltag persönlich von Korruption betroffen fühlen (EU-Durchschnitt: 30 %). Was die Unternehmen betrifft, so sind 49 % der Befragten der Ansicht, dass Korruption weitverbreitet ist (EU-Durchschnitt: 65 %), während für 25 % Korruption für ihre Geschäftstätigkeit problematisch ist (EU-Durchschnitt: 37 %). Außerdem sind 35 % der Befragten der Meinung, dass die Strafverfolgung genügend Wirkung zeigt, um von Korruption abzuschrecken (EU-Durchschnitt: 38 %), und 30 % der Unternehmen vertreten die Ansicht, dass Personen und Unternehmen, die bei der Bestechung eines höheren Amtsträgers bzw. einer höheren Amtsträgerin erappt werden, angemessen bestraft werden (EU-Durchschnitt: 31 %)⁵⁶.

Die Überarbeitung des strategischen Rahmens Deutschlands zur Korruptionsbekämpfung in der Bundesverwaltung sowie der Regelungen für die Annahme von Geschenken steht noch aus. Die Überarbeitung der „Richtlinie der Bundesregierung zur Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung“ von 2003 ist noch nicht abgeschlossen, und die Bundesregierung gibt an, dass sie die EU-Richtlinie zur Korruptionsbekämpfung berücksichtigen wird, um eine entsprechende Angleichung sicherzustellen⁵⁷. Die Überarbeitung der Vorschriften von 2004 über das Verbot der Annahme von Zuwendungen und Geschenken steht ebenfalls noch aus und wurde auf Ende 2026 verschoben⁵⁸. Der neue detaillierte Bericht zur Integrität in der Bundesverwaltung, der konkrete Daten zu Korruptions- und Korruptionsverdachtsfällen in der Bundesverwaltung von 2024 enthält, wurde im September 2025 veröffentlicht⁵⁹.

Es wurde eine Gesetzesreform vorgeschlagen, mit der höhere Strafen – auch wegen Korruptionsdelikten – gegen Unternehmen verhängt werden könnten. Im Oktober 2025 schlug die Bundesregierung Änderungen des Strafgesetzbuchs und des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vor, um die Aufdeckung zu verbessern und den Höchstbetrag für Geldbußen gegen juristische Personen und Personenvereinigungen, auch wegen Korruptions- und Auslandsbestechungsdelikten, zu erhöhen⁶⁰. Zu den wichtigsten Elementen der geplanten

⁵⁴ Die Wahrnehmung von Korruption wird wie folgt kategorisiert: gering (Werte über 79), relativ gering (79-60), relativ hoch (59-50), hoch (unter 50).

⁵⁵ 2021 lag der Wert bei 80, 2025 bei 77. Die Bewertung verbessert/verschlechtert sich erheblich, wenn sie sich bezogen auf die letzten fünf Jahre um mehr als 5 Punkte ändert, verbessert/verschlechtert sich, wenn die Änderung zwischen 4-5 Punkten liegt, und ist relativ stabil, wenn die Änderung 1-3 Punkte beträgt.

⁵⁶ Daten aus der Eurobarometer-Sonderumfrage 573 (2026) und der Eurobarometer-Blitzumfrage 582 (2026).

⁵⁷ Die Richtlinie trat am 1. Juni 2026 in Kraft. Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz, Bundesministerium des Innern. Die Überarbeitung sollte ursprünglich bis Ende 2022 abgeschlossen sein, hat sich seitdem jedoch mehrfach verzögert. UNODC (2020), S. 30: Eine öffentliche Konsultation wird angeregt. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 7. Die Strategie beschränkt sich auf die Korruptionsprävention. GRECO (2019b) hält sie für einen soliden Rahmen, S. 4.

⁵⁸ Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium des Innern. Im Zuge der seit 2021 geplanten Überarbeitung soll bewertet werden, ob die Rechtssicherheit dadurch erhöht werden könnte, dass die Vorschriften aktualisiert und harmonisiert und den Beamtinnen und Beamten praktische Beispiele an die Hand gegeben werden.

⁵⁹ Bundesministerium des Innern (2025a), S. 18: Meldung 32 neuer Korruptionsfälle im Jahr 2024 (2023: 22), von denen 40 Personen innerhalb und außerhalb der Bundesverwaltung betroffen waren. 30 Fälle aus Bundesbehörden wurden abgeschlossen.

⁶⁰ Bundesministerium der Justiz (2025), Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechts – Umsetzung der Umweltstrafrechtsrichtlinie 2024/1203. OECD (2021): Es wird empfohlen, wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen gegen Unternehmen zu verhängen; Deutschland entschied sich für den All-Crime-Ansatz, Bundesregierung (2025a), S. 48 und 49. Die Interessenträger sprachen sich für eine

Reform gehören die Vervielfachung des Höchstbetrags für Geldbußen gegen juristische Personen und Personenvereinigungen und die Ausweitung der Unternehmenshaftung, für die weiterhin die Voraussetzung gelten soll, dass eine Straftat vorsätzlich von einer für die Unternehmensleitung verantwortlichen Person begangen wird⁶¹. In der Praxis wird die Unternehmenshaftung bei der Strafverfolgung von Auslandsbestechung immer noch selten durchgesetzt, wobei im Juni 2026 ein Aktionsplan zur Umsetzung der OECD-Empfehlungen zur Unternehmenshaftung von 2021 vorgelegt werden soll⁶². Im Februar 2026 verabschiedete die Bundesregierung einen Gemeinsamen Aktionsplan gegen Organisierte Kriminalität, um ihrer Verpflichtung, unter anderem gegen die Finanzkriminalität vorzugehen⁶³, nachzukommen, indem die Kapazitäten Deutschlands für Finanzermittlungen und Strafverfolgung im Finanzbereich gestärkt werden. Das könnte zur Lösung der von Interessenträgern angesprochenen Probleme beitragen, zu denen etwa die zunehmende Gefahr strategischer Korruption durch andere Länder und nichtstaatliche Akteure mit dem Ziel, strategischen Einfluss auf die Politik zu erlangen, zählt⁶⁴. Lücken im Transparenzregister in Bezug auf die wirtschaftlich Berechtigten sollen bis Juli 2027 geschlossen werden, indem unter anderem der Zugang der Öffentlichkeit zu Angaben zum wirtschaftlichen Eigentümer und die Überprüfung dieser Angaben verbessert werden⁶⁵.

Deutschland geht weiterhin wirksam strafrechtlich gegen Korruption vor. Die Untersuchung, Verfolgung oder rechtskräftige Verurteilung von Korruptionsdelikten, auch von Fällen auf hoher Ebene, ist wirksam, und von den Interessenträgern wurden keine Systemschwächen festgestellt⁶⁶. Für 2025 wurden kein Fall einer korruptionsbezogenen Ermittlung von der EUSTa gemeldet⁶⁷. Die Einführung der neuen Bestimmung über die Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgerinnen bzw. Mandatsträgern in dem Bestreben, die Durchsetzung zu verbessern, hat zu einer ersten Verurteilung geführt⁶⁸. Die Personal- und Finanzausstattung sowie der hohe Spezialisierungsgrad des Personals im Bereich Korruption bei der Polizei, der Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (Financial Intelligence Unit, FIU), den Strafverfolgungsbehörden und den Gerichten sind 2025 allgemein als für die effektive Wahrnehmung der betreffenden Aufgaben ausreichend anzusehen⁶⁹. Der Lagebericht 2025 des Bundeskriminalamts analysiert jährlich die neuesten Trends, Entwicklungen und Statistiken zur Korruption sowie die Antikorruptionsmaßnahmen

gewinnorientierte Geldbuße aus, da diese eine bessere Abschreckung als der feste Höchstbetrag, für den sich Deutschland entschieden hat, darstellen würde. Länderbesuch in Deutschland, Transparency International. OECD (2025b).

⁶¹ § 30 Absatz 2 Nummer 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten. Die Geldbußen gegen Unternehmen sollen von 10 auf 40 Mio. EUR erhöht werden.

⁶² Bundeskriminalamt (2025), S. 5: ein Fall 2024 und mehr Fälle von Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§§ 335a und 299 StGB). Deutschland ist bei der Rechtsdurchsetzung in Fällen von Auslandsbestechung durch natürliche Personen hervorragend, aber die Haftung von Unternehmen für Straftaten wird nach wie vor selten durchgesetzt, siehe OECD (2021): Empfehlungen und OECD (2025b).

⁶³ Bundesministerium der Finanzen (2026), Pressemitteilung; Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz (2026).

⁶⁴ Transparency International (2025a), S. 4 und 5.

⁶⁵ Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz. Bundesregierung (2025a). Das Register ist bisher nicht öffentlich; Einsicht wird nur bei berechtigtem Interesse gewährt. Die Kommission hat ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, weil die 6. Geldwäscherichtlinie in Bezug auf den Zugriff auf Angaben zu den wirtschaftlichen Eigentümern von juristischen Personen und Trusts bis zum 10. Juli 2025 nicht vollständig umgesetzt worden war.

⁶⁶ Länderbesuch in Deutschland, Staatsanwaltschaft, Bundespolizei, Transparency International.

⁶⁷ EUSTa (2026), Jahresbericht 2025, S. 28 und 29. EUSTa (2026), schriftlicher Beitrag.

⁶⁸ OLG München (2025), Verfahren gegen ehemalige Bundestags- und Landtagsabgeordnete. § 108e StGB. Transparency International (2025b). OCCRP (2025).

⁶⁹ Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium des Innern, Bundeskriminalamt, Staatsanwaltschaft.

Deutschlands⁷⁰. Der durch Korruption verursachte finanzielle Schaden hat im Vergleich zum Vorjahr deutlich abgenommen⁷¹. Der Anteil der Amtsträgerinnen und Amtsträger an denjenigen, die sich bestechen ließen, betrug 67 % (+10 % gegenüber dem Vorjahr). Der Bundesrechnungshof meldet keine besonderen Erkenntnisse zu Korruption oder Transparenz⁷².

Das verbindliche Lobbyregister wird wirksam durchgesetzt und sorgt damit für transparentere Entscheidungsprozesse⁷³. Mit 6 278 Einträgen von Interessenvertreterinnen und -vertretern bis Ende 2025 ist die Zahl der registrierten Lobbyistinnen und Lobbyisten im Bundesregister relativ stabil⁷⁴. Die Bundestagsverwaltung überwacht und überprüft alle veröffentlichten Dateninhalte auf Richtigkeit und Konsistenz und reagiert auf externe Berichte über Verstöße gegen das Lobbyregistergesetz. 2025 wurden neue digitale Funktionen eingeführt, mit denen die Registrierungs- und Überwachungsabläufe weiter erleichtert werden sollen. Dazu gehören automatische Warnmeldungen, wenn bei der Dateneingabe Unstimmigkeiten festgestellt werden, und ein automatisches E-Mail-Benachrichtigungssystem, mit dem öffentlich über Änderungen bei den Dateneinträgen von Interessenvertreterinnen und -vertretern und neue grundlegende Stellungnahmen informiert wird⁷⁵. Was die Verpflichtung der Interessenvertreterinnen und -vertreter betrifft, neben ihren Registereinträgen ihre aktuellen oder früheren Ämter offenzulegen (Drehtüreffekt)⁷⁶, so wurden diese Informationen in Bezug auf öffentliche Ämter oder Wahlämter in den letzten fünf Jahren nur von weniger als 3 % der in den Registereinträgen genannten Personen offengelegt⁷⁷. Bis Ende 2025 wurden in sechs Fällen Sanktionen in Verfahren verhängt, die etwa sechs Monate dauerten⁷⁸. Der Bundestag wird seinen zweiten Bericht über die Pflege des elektronischen, maschinenlesbaren Lobbyregisters veröffentlichen, das 2022 eingerichtet wurde und ab März 2027 für alle Interessenvertreterinnen und -vertreter verpflichtend sein wird⁷⁹. Die Interessenträger halten das Register für ein positives Instrument, das für mehr Transparenz sorgt⁸⁰. Es wird noch daran gearbeitet, das Lobbyregister mit dem künftigen

⁷⁰ 2024 wurden 2 926 Korruptionsstraftaten polizeilich registriert (das bedeutet einen Rückgang um 23,8 % gegenüber 2023). Bundeskriminalamt (2025). Die Daten sind nicht nach den 16 Bundesländern aufgeschlüsselt; mit einer solchen Aufschlüsselung ließen sich regionale Unterschiede ermitteln.

⁷¹ Ebenda, ca. 36,8 %, d. h. 36 Mio. EUR im Jahr 2024.

⁷² Bundesrechnungshof (2026), zusätzlicher schriftlicher Beitrag, S. 1 und 2.

⁷³ Auf Länderebene haben drei Viertel der 16 Bundesländer Lobbyregister eingerichtet; zuletzt hat der Stadtstaat Hamburg 2025 beschlossen, eines einzuführen (Bürgerschaft Hamburg, Ausschuss für Justiz (2025)). Für einen Überblick über die Bundesländer siehe Transparency International (2024).

⁷⁴ Länderbesuch in Deutschland, Bundestagsverwaltung.

⁷⁵ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 22.

⁷⁶ Länderbesuch in Deutschland, Transparency International, LobbyControl, wobei die Verpflichtung zwar begrüßt, jedoch eine Verlängerung der Karenzzeit auf drei Jahre gefordert wird.

⁷⁷ Länderbesuch in Deutschland, Bundestagsverwaltung. ZDF/Abgeordnetenwatch (2025). Abgeordnetenwatch (2025). Transparency International (2025c), S. 25: 73 von 564 Seitenwechseln in den letzten fünf Jahren betrafen Bundestagsabgeordnete; das Register zeigt nur die Wechsel in den Privatsektor an, die gesetzeskonform eingetragen wurden; die Eintragung obliegt den Lobby-Organisationen. LobbyControl (2025a).

⁷⁸ Ebenda. Seit 2024 wurden 61 Verfahren wegen Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der fehlenden Registrierung oder falschen oder nicht bestätigten Dateneinträgen eingeleitet. Bis Ende 2025 waren 21 Verfahren abgeschlossen und 15 eingestellt worden; die Entscheidungen über zwei weitere Geldbußen sind noch nicht rechtskräftig. Es können Geldbußen von bis zu 50 000 EUR verhängt werden.

⁷⁹ Transparency International: Es wird positiv hervorgehoben, dass in dem Register für nichtstaatliche Organisationen und die Interessenvertretung der Wirtschaft die gleichen Bedingungen gelten.

⁸⁰ Länderbesuch in Deutschland, LobbyControl, Transparency International, Allianz Rechtssicherheit. Vgl. dazu GRECO (2024), Empfehlung i, Rn. 9 bis 16, S. 3 und 4, die empfiehlt zu regeln, wie Abgeordnete

gemeinsamen digitalen Gesetzgebungsportal für Bundesregierung und Bundestag zu vernetzen, wie bereits berichtet wurde⁸¹.

Hinsichtlich der Einführung eines umfassenderen öffentlichen Registers zur Erfassung des Einflusses von Lobbyistinnen und Lobbyisten auf die Rechtsetzung („legislativer Fußabdruck“) sind keine Fortschritte über die bestehenden Transparenzmaßnahmen hinaus zu verzeichnen⁸². Seit Juni 2024 sind die Bundesministerien verpflichtet, den Einfluss von Lobbyistinnen und Lobbyisten auf den Gesetzgebungsprozess (exekutiver Fußabdruck) offenzulegen⁸³. Die Verpflichtung wird von den Interessenträgern zwar weitgehend begrüßt, doch erstreckt sie sich nicht auf die Berichterstattung über persönliche Treffen zwischen Lobbyistinnen bzw. Lobbyisten und Beamtinnen bzw. Beamten⁸⁴. Die Bundesregierung und die Interessenträger zeigen systematische Mängel bei der praktischen Anwendung des exekutiven Fußabdrucks auf, denn bei drei Vierteln der neuen Rechtsvorschriften fehlen die Informationen zum Lobbying⁸⁵. Die Interessenträger nennen auch positive Beispiele, etwa das des Bundesjustizministeriums⁸⁶. Die Bundestagsabgeordneten sind nicht verpflichtet oder angehalten, für Berichte oder Rechtsvorschriften einen legislativen Fußabdruck zu erfassen oder eine Liste aufzustellen, aus der die Bandbreite der eingegangenen externen Gutachten und Stellungnahmen hervorgeht⁸⁷. Die Interessenträger fordern ein umfassendes bundesweites

Kontakte mit Lobbyistinnen und Lobbyisten und anderen Dritten pflegen, die Einfluss auf die parlamentarische Arbeit anstreben.

⁸¹ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2024 und 2025, Deutschland, S. 16 und 17 (2024) und S. 9 (2025). Zum Zeitplan siehe oben.

⁸² Im Bericht 2025 wurde Deutschland empfohlen, „die Bemühungen zur Stärkung des ‚legislativen Fußabdrucks‘ zu intensivieren, um Beiträge von Lobbyisten umfassend in einem öffentlichen Register zu erfassen und den Anwendungsbereich des legislativen Fußabdrucks auf die parlamentarische Phase des Gesetzgebungsverfahrens auszuweiten“. In Bezug auf die Empfehlung waren 2025 keine weiteren Fortschritte und 2024 einige Fortschritte verzeichnet worden.

⁸³ Mehr als ein Drittel. Die Bundesregierung arbeitet 80-90 % der Gesetzesentwürfe aus, d. h. für die meisten Vorschläge gilt die Gemeinsame Geschäftsordnung der Bundesministerien. Die GRECO kam 2025 zu dem Ergebnis, dass Empfehlung iv umgesetzt wurde.

⁸⁴ Einschließlich aller eingegangenen schriftlichen Beiträge und Diskussionspunkte über eine sinnvolle Offenlegung. Civil Liberties Union for Europe (2025a), S. 353. LobbyControl (2024): Auch die Argumente von Lobbyistinnen und Lobbyisten, die keinen Einfluss auf den jeweiligen Gesetzentwurf hatten, sind für die Öffentlichkeit von Interesse.

⁸⁵ Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz unter Bezugnahme auf die Bewertung des Statistischen Bundesamtes. LobbyControl (2025). Transparency International (2025d). Allianz für Lobbytransparenz (2025): Von 120 Gesetzentwürfen, die dem Bundestag vorgelegt wurden (Juni 2024 bis Juni 2025), wurde in 30 ein exekutiver Fußabdruck dargestellt, in 90 Entwürfen (75 %) nicht. In mehr als einem Drittel der 30 Entwürfe, für die ein exekutiver Fußabdruck angegeben wurde, hieß es, es sei kein Einfluss ausgeübt worden. Insbesondere muss nur angegeben werden, inwieweit Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter wesentlich zum Inhalt des Gesetzentwurfs beigetragen oder zu dessen Änderung in zentralen Fragen geführt haben (§ 43 Absatz 1 GGO), wodurch den jeweiligen Ministerien ein weiter Ermessensspielraum bleibt. LobbyControl (2025b). LobbyControl wird 2026 eine Analyse veröffentlichen. Abgeordnetenwatch (2026): Es wird vorgeschlagen, in den Ministerien besser darüber zu informieren.

⁸⁶ LobbyControl (2025b): z. B. das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (21/1855), in dessen exekutivem Fußabdruck mehrere Paragraphen benannt werden, die aufgrund von Stellungnahmen verschiedener Interessenvertretungen geändert wurden.

⁸⁷ Die in öffentlichen Anhörungen abgegebenen Erklärungen von Sachverständigen werden veröffentlicht (§ 70 Geschäftsordnung des Bundestages). Lobbyistinnen und Lobbyisten sind verpflichtet, ihre Beiträge im Lobbyregister einzutragen, das allerdings noch nicht mit den legislativen Ergebnissen oder den laufenden Arbeiten verknüpft ist. GRECO (2024), Rn. 9 bis 16, kommt zu dem Ergebnis, dass mit der Reform Empfehlung i behandelt wurde. Die deutschen Behörden halten die Offenlegung von Inhalt und Zielen der Lobbytätigkeiten für wirksamer als die Offenlegung aller persönlichen Kontakte.

Transparenzgesetz⁸⁸. Die Bundesregierung lehnte am 16. Oktober 2025 einen Antrag von Oppositionsmitgliedern des Bundestags auf Einführung eines legislativen Fußabdrucks⁸⁹ ab, doch arbeiten die Bundesregierung, der Bundestag und die Bundesländer weiterhin an der Digitalisierung des Gesetzgebungsprozesses und planen ein öffentlich zugängliches gemeinsames digitalisiertes Portal, das 2027 fertiggestellt werden und 2028 in die Testphase gehen soll⁹⁰. Die Einrichtung eines solchen gemeinsamen digitalen Gesetzgebungsportals für Bundesregierung und Bundestag könnte die Gelegenheit bieten, einen umfassenden legislativen Fußabdruck einzuführen. Somit sind hinsichtlich der Empfehlung keine weiteren Fortschritte zu verzeichnen.

Die Aufsicht und Rechtsdurchsetzung in Bezug auf Vorschriften über Interessenkonflikte und Vermögenserklärungen stellen immer noch eine Herausforderung dar. Bundestagsabgeordnete unterliegen nach wie vor keinen strengen Offenlegungspflichten in Bezug auf Interessenkonflikte und finanzielle Interessen; insbesondere sehen diese immer noch nicht vor, dass im Plenum jeweils anzugeben ist, wenn erhebliche Anteile an Unternehmen unter 5 % gehalten werden und wie viel Zeit für vergütete Nebentätigkeiten aufgewendet wird⁹¹. Die Interessenträger weisen weiterhin darauf hin, dass es kein völlig unabhängiges Aufsichtsgremium gibt, zumal die Bundestagsverwaltung dem Bundestagspräsidium untersteht und nur über wenig Befugnisse verfügt, Verstöße zu untersuchen⁹². Die Rechtsdurchsetzung stößt nach wie vor auf Hindernisse, und so wurden mehrere Verstöße und erhebliche Verzögerungen bei der Veröffentlichung der Einkünfte aus Nebentätigkeiten in der Öffentlichkeit aufmerksam verfolgt⁹³. Vorwürfe der Vetternwirtschaft im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Verwandten in den Büros von Abgeordneten standen 2026 im Fokus der Öffentlichkeit und waren Thema einer Aussprache im Bundestag⁹⁴. Auch die Vorschriften für die Offenlegung von Vermögenswerten hochrangiger Entscheidungsträgerinnen und -träger der Bundesregierung lassen in Bezug auf Aufsicht und Transparenz nach wie vor zu wünschen übrig⁹⁵.

Der Schutz von hinweisgebenden Personen stößt in der Praxis immer noch auf Hindernisse, obwohl der Geltungsbereich der Rechtsvorschriften weit gefasst ist und die Meldungen zunehmen. Das Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen

⁸⁸ Länderbesuch in Deutschland, LobbyControl, Abgeordnetenwatch. Transparency International (2024).

⁸⁹ Bundestag (2025a).

⁹⁰ Die Bundesregierung soll die technischen Teile bis Ende 2026 fertigstellen; der Bundestag soll die Arbeiten 2027 abschließen. Länderbesuch in Deutschland, Bundestagsverwaltung.

⁹¹ Die Bundestagsabgeordneten sind – von bestimmten Ausnahmen abgesehen – verpflichtet, Beteiligungen von mehr als fünf Prozent an privaten Kapital- oder Personengesellschaften anzuzeigen. Siehe § 45 Absatz 2 Nummer 6 und Absatz 3 des Abgeordnetengesetzes. Finanzielle Interessen müssen sie nur im Rahmen ihrer parlamentarischen Ausschussarbeit anzeigen. GRECO (2021), S. 4. Ministerinnen und Minister sowie Parlamentarische Staatssekretärinnen und Parlamentarische Staatssekretäre sind ebenfalls nicht eindeutig verpflichtet, Interessenkonflikte ad hoc offenzulegen, GRECO (2023), Empfehlung vi, S. 8 und 9. Abgeordnetenwatch (2024).

⁹² Länderbesuch in Deutschland, LobbyControl, Transparency International. GRECO (2022), S. 9.

⁹³ Ebenda. Abgeordnetenwatch (2025a): Trotz einer Frist von drei Monaten wurden bis Ende Oktober, d. h. sieben Monate nach Beginn der neuen Legislaturperiode, nicht alle Erklärungen zu den Nebentätigkeiten von Parlamentariern veröffentlicht, was mit der notwendigen Prüfung der Veröffentlichungspflicht und der Datenverarbeitung begründet wurde. Siehe Deutscher Bundestag (2025b) zu Daten über in der letzten Wahlperiode eingeleitete Prüfverfahren, Pflichtverstöße, verhängte Sanktionen und Zuführungen an den Bundeshaushalt. Abgeordnetenwatch (2025b). GRECO (2024), Empfehlung iv, Rn. 21 bis 27, S. 5 und 6.

⁹⁴ Bundestag (2026b).

⁹⁵ Die GRECO-Empfehlung viii wurde nicht umgesetzt, GRECO (2025), Rn. 47 bis 51, S. 11.

erfasst Verstöße im Zusammenhang mit Korruptionsdelikten aller Art, ohne dass eine Verbindung zum EU-Haushalt bestehen muss⁹⁶. Auf Bundesebene gibt es in der Praxis mehrere Meldestellen, darunter in den Einrichtungen zur Korruptionsbekämpfung⁹⁷. Die externe Meldestelle des Bundes beim Bundesamt für Justiz hat 2025 ihren zweiten Jahresbericht veröffentlicht und darin einen wesentlichen Anstieg der Meldungen festgestellt⁹⁸. Praktiker und Interessenträger halten den Rechtsrahmen und Informationen von hinweisgebenden Personen für wesentlich, um Korruption in großem Maßstab, Wirtschaftskriminalität und sonstiges Fehlverhalten aufzudecken, weisen jedoch darauf hin, dass eine restriktive Auslegung durch die Gerichte den Schutz der hinweisgebenden Personen beeinträchtigt und dass die Einhaltung der Vorschriften aufgrund der relativ hohen Anforderungen für kleine und mittlere Unternehmen schwierig ist⁹⁹. Nach zwei externen Evaluierungen¹⁰⁰ erwägt die Bundesregierung nach wie vor, eine interne Evaluierung des Gesetzes für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen vorzunehmen, wie es ursprünglich zwei Jahre nach dessen Inkrafttreten im Juli 2023 geplant war.

Die neuen Vorschriften für das Sponsoring politischer Parteien werden voraussichtlich 2027 Wirkung zeigen; jedoch bestehen bei der Parteien- und Wahlkampffinanzierung noch andere Mängel. Die seit dem 1. Januar 2025 vorgeschriebenen Berichte über das Sponsoring politischer Parteien¹⁰¹ werden 2027 erstmals veröffentlicht und den Rechenschaftsberichten der Parteien 2025 beigelegt¹⁰². Die neuen Berichtspflichten dienen dazu, die Parteienfinanzierung transparenter zu machen und eine versteckte Wahlkampffinanzierung auf Bundes- und Länderebene zu verhindern. Praktische Herausforderungen bestehen in den unzugänglichen, nicht maschinenlesbaren Formaten, in denen die Daten öffentlich bereitgestellt werden, und in der langen Zeitspanne zwischen den Einnahmen der Parteien und deren Anzeige, wodurch die Überwachung von außen erschwert wird¹⁰³. Um die Zeitspanne zu verkürzen, sollen die Rechenschaftsberichte nach einer internen Verwaltungsentscheidung der Bundestagsverwaltung künftig bereits während ihrer Prüfung veröffentlicht werden¹⁰⁴. Die Interessenträger stellen ferner fest, dass Partei- und Wahlkampfspenden nach wie vor nicht gedeckelt sind, während die Tendenz zu Großspenden zunimmt¹⁰⁵. Darüber hinaus stellen die Beschäftigung von Verwandten und nahe stehenden Personen durch Bundestagsabgeordnete für steuerfinanzierte Tätigkeiten¹⁰⁶ und die

⁹⁶ Neben strafbewehrten Verstößen umfasst der Anwendungsbereich auch bußgeldbewehrte Verstöße, wenn die verletzte Vorschrift dem Schutz hochrangiger Rechtsgüter dient.

⁹⁷ Auch bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen und beim Bundeskartellamt stehen Meldestellen zur Verfügung.

⁹⁸ Bundesamt für Justiz (2025), Bericht 2024. Von 1 802 eingegangenen Meldungen (2023: 410) wurden 71 (2023: 90) an die Staatsanwaltschaft und 143 (2023: ca. 160) an eine andere Behörde abgegeben.

⁹⁹ Länderbesuch in Deutschland, Staatsanwaltschaft, Transparency International. Hinweisgebende Personen trugen zur Aufdeckung großer Skandale wie Cum-Ex, Wirecard und Steuerskandalen bei. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 12.

¹⁰⁰ Unter anderem durch das Statistische Bundesamt.

¹⁰¹ § 24 Absatz 8a PartG, der 2025 eingeführt wurde und mit dem die Anzeigepflicht für Spenden von 50 000 EUR auf 35 000 EUR gesenkt werden. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 12.

¹⁰² Bundestagsverwaltung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 1.

¹⁰³ Länderbesuch in Deutschland, LobbyControl, Transparency International. Siehe auch LobbyControl (2023). Transparency International (2023).

¹⁰⁴ Bundestagsverwaltung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 1.

¹⁰⁵ LobbyControl, Abgeordnetenwatch, Transparency International (2025). LobbyControl (2026) und (2025c) meldet für 2024/25 einen Rekordbetrag von rund 24 Mio. EUR an Wahlkampfspenden zur Bundestagswahl. Transparency International (2025a).

¹⁰⁶ Bundestag (2026). Siehe auch oben im Abschnitt über Interessenkonflikte.

Sammlung und Weiterleitung von Parteispenden über Stiftungen eine Herausforderung dar, da damit die Transparenzvorschriften umgangen werden¹⁰⁷. Da die Bundestagsverwaltung nur über begrenzte Kontroll- und Untersuchungsbefugnisse verfügt, schlagen die Interessenträger die Einrichtung eines unabhängigen Kontrollgremiums vor¹⁰⁸.

Bei einer Evaluierung des Wettbewerbsregistergesetzes wurde aufgezeigt, wie sich durch die Verknüpfung der verschiedenen Register Synergieeffekte für die Ermittlung der Daten von Unternehmen, die an Vergabeverfahren teilnehmen, erzielen ließen. Den Einstellungen der Unternehmen zur Korruption in der EU zufolge sind 26 % der Unternehmen in Deutschland (EU-Durchschnitt: 30 %) der Ansicht, dass sie in den letzten drei Jahren bei einer öffentlichen Ausschreibung den Zuschlag wegen Korruption nicht erhalten haben. 63 % der Unternehmen bewerten den Grad der Unabhängigkeit der Nachprüfungsstelle des Bundes für die Vergabe öffentlicher Aufträge (Bundeskartellamt) als sehr oder relativ gut, deutlich mehr als 2025 (53 %)¹⁰⁹. Im Binnenmarkt- und Wettbewerbsfähigkeitsanzeiger über den Zugang zu öffentlichen Aufträgen in Deutschland werden für 2025 18 % Ausschreibungen mit nur einem Bieter gemeldet (EU-Durchschnitt: 27 %). 2025 nahm die Bundesregierung eine Evaluierung des Wettbewerbsregistergesetzes vor, das es potenziellen öffentlichen Auftraggebern ermöglicht festzustellen, ob ein Bieter in der Vergangenheit wegen Korruption Geldbußen zahlen musste oder verurteilt wurde. In der Evaluierung wird empfohlen, eine Verknüpfung des bereits vollständig elektronischen Wettbewerbsregisters mit dem Unternehmensbasisdatenregister in Erwägung zu ziehen, um weitere Synergien für die Ermittlung unternehmensbezogener Daten zu schaffen¹¹⁰. Im Zusammenhang mit dem im Oktober 2026 vorgeschlagenen Gesetzentwurf mit Gesetzesänderungen, mit denen die Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge beschleunigt und gleichzeitig der Schwellenwert für die Direktvergabe angehoben werden sollen¹¹¹, weisen Interessenträger aus der Wirtschaft auf den mangelnden Wettbewerb bei der Vergabe von Aufträgen unterhalb des Schwellenwerts und auf erhöhte Korruptionsrisiken hin, die zu unfairen Wettbewerbsbedingungen führen könnten¹¹². Dem Bericht der Bundespolizei von 2025 ist außerdem zu entnehmen, dass das Dienstleistungs- und das Baugewerbe besonders stark von Korruptionsstraftaten betroffen sind¹¹³.

III. MEDIENPLURALISMUS UND MEDIENFREIHEIT

Den unabhängigen Medienanstalten wurden neue Rechtsdurchsetzungsbefugnisse übertragen. Die 14 Landesmedienanstalten sind weiterhin unabhängig tätig und funktionieren den Angaben der Interessenträger zufolge auch gut¹¹⁴. Der 6. Medienänderungsstaatsvertrag trat im Dezember 2025 in Kraft. Ziel der Reform ist es, den

¹⁰⁷ Länderbesuch in Deutschland, GFF.

¹⁰⁸ Länderbesuch in Deutschland, LobbyControl, Abgeordnetenwatch. Sie kann nicht auf die Steuerunterlagen der Geber zugreifen, um die Angaben zu überprüfen, und ist dem Bundestagspräsidium unterstellt. UNODC (2020), S. 67. Transparency International (2023).

¹⁰⁹ EU-Justizbarometer 2026, Schaubild 59.

¹¹⁰ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2025), S. 11. Siehe auch Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2023, S. 21.

¹¹¹ Gesetz 21/1931 vom 1. Oktober 2025. Mit dem Gesetz 21/1934 vom 1. Oktober 2025 wurde der Schwellenwert von 15 000 EUR auf 50 000 EUR angehoben.

¹¹² Deutsche Industrie- und Handelskammer DIHK (2025). Länderbesuch in Deutschland, Transparency International.

¹¹³ Bundeskriminalamt (2025).

¹¹⁴ VAUNET (2026), schriftlicher Beitrag, S. 14 und 15; Länderbesuch in Deutschland, ZDF und ARD; Media Pluralism Monitor 2026, Länderbericht Deutschland, S. 17; Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 13.

Jugendschutz zu modernisieren, indem die technischen Garantien gestärkt werden, und die Medienaufsicht und die Strafverfolgung zu verbessern, indem die Landesmedienanstalten mehr Befugnisse erhalten, um die wirksamere Einhaltung der Jugendschutzvorschriften zu gewährleisten¹¹⁵. Trotz der steigenden Zahl von Aufgaben haben die Rechnungshöfe Angaben der Bundesregierung zufolge festgestellt, dass die Landesmedienanstalten angemessen finanziert sind¹¹⁶.

Die Selbstkontrolle der Medien ist gut etabliert, und die Zahl der Rügen ist auf ein sehr hohes Niveau gestiegen. 2025 stieg die Zahl der beim Deutschen Presserat eingegangenen Beschwerden über Presseveröffentlichungen¹¹⁷ im dritten Jahr in Folge, und zwar auf 2 636 (gegenüber 2 215 im Jahr 2024). Die meisten Beschwerden betrafen mutmaßliche schwerwiegende Verstöße gegen die journalistische Sorgfaltspflicht, gefolgt von Verstößen gegen den Schutz der Privatsphäre im Sinne des Pressekodexes. Die Zahl der vom Presserat ausgesprochenen unverbindlichen öffentlichen Rügen nahm 2025 ebenfalls zu und betrug 102¹¹⁸.

Reformen zur weiteren Stärkung der Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sind in Kraft getreten, während weiter über die künftige Finanzierung beraten wird. Dem Media Pluralism Monitor 2026 zufolge ist das Risiko für die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Medien gering¹¹⁹. Im Dezember 2025 trat der Reformstaatsvertrag in Kraft. Ziel ist es, die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten strukturell zu modernisieren und effizienter zu organisieren, unter anderem durch mehr Flexibilität im Programmangebot¹²⁰. Durch den Vertrag wird auch die Unabhängigkeit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten weiter gestärkt, indem die Entlassungs- und Ernennungsverfahren für Mitglieder der Leitungsorgane eingehender geregelt werden¹²¹. Der Rundfunkbeitrag bleibt die wichtigste Finanzierungsquelle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die Entscheidung der Länder, der Empfehlung der unabhängigen Sachverständigenkommission (KEF), den Beitrag für den Zeitraum 2025-2026 um 3,2 % zu erhöhen, nicht zu folgen, wurde von den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten; das Verfahren ist noch anhängig. In der Zwischenzeit legte die KEF im Februar 2026 einen aktualisierten Vorschlag für eine geringere Anpassung des Rundfunkbeitrags ab 2027 vor¹²². Diese anhaltende Herausforderung hat zu Verzögerungen bei der Annahme des Rundfunkfinanzierungsänderungsstaatsvertrags beigetragen, der 2024 vorgeschlagen worden war, um das Verfahren zur Festsetzung des Rundfunkbeitrags ab 2027 anzupassen¹²³.

Das Geschäftsumfeld der Mediendiensteanbieter ist insgesamt stabil geblieben, und die Pläne für den Erlass neuer Maßnahmen zur Förderung des Medienpluralismus

¹¹⁵ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 32.

¹¹⁶ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 32.

¹¹⁷ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 13. Der Deutsche Presserat ist (als Organ der freiwilligen Selbstkontrolle) in der Print- und Onlinemedienbranche weithin anerkannt. Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 16; VAUNET (2026), schriftlicher Beitrag, S. 15; Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Presserat.

¹¹⁸ Presserat (2026b).

¹¹⁹ Media Pluralism Monitor 2026, Länderbericht Deutschland, S. 28.

¹²⁰ Länderbesuch in Deutschland, Landesmedienanstalten, ZDF und ARD.

¹²¹ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 33 und 34.

¹²² Er sieht eine Erhöhung von 18,36 EUR auf 18,64 EUR statt 18,94 EUR vor. KEF (2026).

¹²³ Länderbesuch in Deutschland, Landesmedienanstalten, ZDF, ARD und Deutscher Journalisten-Verband; Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 15.

kommen voran. Informationen über die Eigentumsverhältnisse bei den Mediendiensteanbietern wurden weiterhin in einer öffentlichen Datenbank bereitgestellt¹²⁴. Einige Interessenträger äußerten sich jedoch besorgt über die Konzentration auf dem Medienmarkt¹²⁵. Der Media Pluralism Monitor 2026 meldet ein sehr hohes Risiko für den Medienpluralismus und ein hohes Risiko für den Pluralismus auf den digitalen Märkten¹²⁶. Derzeit wird an der Annahme des Digitale Medien-Staatsvertrags gearbeitet. Im ersten Teil des Vertrags, auf dessen Entwurf sich die Länder im Juni 2025 geeinigt haben, geht es um Aspekte wie die staatliche Werbung; Ziel ist es, eine Anpassung an das Europäische Medienfreiheitsgesetz zu erreichen. Im Oktober 2025 einigten sich die Länder auf die Ziele für den zweiten Teil des Vertrags, der in Planung ist. Dazu gehören die Stärkung der wirtschaftlichen Grundlage privater Medien, die Verbesserung der Auffindbarkeit von Medieninhalten und die Wahrung des Medienpluralismus durch eine Reform der Vorschriften über die Medienkonzentration¹²⁷. Einige Interessenträger bemängeln, dass zwischen der Medienbranche und Online-Plattformen ungleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen, und äußerten Bedenken wegen einer anhaltenden Verlagerung der Werbeausgaben von der Medienbranche auf Online-Plattformen, die eine Gefahr für den Medienpluralismus darstellen könnte¹²⁸.

Bei der Empfehlung, einen Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden gesetzlich festzuschreiben, sind keine weiteren Fortschritte zu verzeichnen¹²⁹. Nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 wurden die internen Vorbereitungen für eine Kodifizierung des Auskunftsanspruchs der Presse gegenüber Bundesbehörden nicht weitergeführt¹³⁰. Die Möglichkeit eines gesetzlichen Rahmens wird nach wie vor geprüft, doch konkrete Vorschläge wurden nicht vorgelegt¹³¹. Die Interessenträger kritisieren, dass es an einer klaren Rechtsgrundlage für das Auskunftsrecht gegenüber den Bundesbehörden fehlt¹³². Folglich wurden in Bezug auf die Empfehlung keine Fortschritte erzielt.

Der allgemeine Rahmen für den Schutz von Journalistinnen und Journalisten ist stabil geblieben, doch geben Berichte über physische und Online-Angriffe Anlass zur Sorge. Der Media Pluralism Monitor 2026 hat ein erhöhtes Risiko für die Arbeitsbedingungen, die

¹²⁴ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 15; VAUNET (2026), schriftlicher Beitrag, S. 17.

¹²⁵ Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 17; Media Ownership Monitor Deutschland.

¹²⁶ Media Pluralism Monitor 2026, Länderbericht Deutschland, S. 20 und 21.

¹²⁷ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 34 und 35.

¹²⁸ Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20; VAUNET (2026), schriftlicher Beitrag, S. 18; Länderbesuch in Deutschland, VAUNET und Verlegerverband.

¹²⁹ Im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 wurde Deutschland empfohlen, „die Schaffung einer Rechtsgrundlage für ein Informationsrecht der Presse in Bezug auf Bundesbehörden unter Berücksichtigung europäischer Standards für den Zugang zu amtlichen Dokumenten voranzubringen“. Im Hinblick auf die Empfehlung waren 2025 nur wenige Fortschritte, 2024 keine weiteren Fortschritte und 2023 einige Fortschritte verzeichnet worden.

¹³⁰ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 2. Allerdings steht im Koalitionsvertrag, dass das Informationsfreiheitsgesetz mit einem Mehrwert für Bürgerinnen und Bürger und Verwaltung reformiert werden soll. Bundesregierung (2025a), S. 59. Der verfassungsmäßige Auskunftsanspruch der Presse gegenüber Bundesbehörden, der sich nach ständiger Rechtsprechung unmittelbar aus Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz ergibt, bleibt unverändert.

¹³¹ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 2; Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 19; Länderbesuch in Deutschland, VAUNET.

¹³² Transparency International (2026), schriftlicher Beitrag, S. 19; VAUNET (2026), schriftlicher Beitrag, S. 18; Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 19 und 20; Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 21.

Standards und den Schutz des Journalismus gemeldet; so wurden etwa zunehmend Angriffe bei Demonstrationen beobachtet¹³³. Seit dem letzten Bericht über die Rechtsstaatlichkeit hat die Plattform des Europarats zur Förderung des Schutzes des Journalismus und der Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten eine neue Warnmeldung für Deutschland herausgegeben¹³⁴, während die Plattform „Mapping Media Freedom“ 98 neue Warnmeldungen im Zusammenhang mit der Medienfreiheit verzeichnete. Die Warnmeldungen betreffen hauptsächlich Angriffe oder Drohungen gegen Journalistinnen und Journalisten sowie Behinderungen der journalistischen Tätigkeit, viele davon im Zusammenhang mit der Berichterstattung über Demonstrationen¹³⁵. Die Polizeistatistiken zu politisch motivierten Straftaten für 2025 zeigen insgesamt 486 registrierte Straftaten innerhalb der weit gefassten Zielkategorie „Medien“, was (gegenüber 423 Straftaten im Jahr 2024) einem Anstieg um 14,89 % entspricht¹³⁶. Die Behörden auf Bundes- und Länderebene ergreifen weiterhin Maßnahmen, um die Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten – auch bei Protesten und Demonstrationen – zu gewährleisten. Dazu gehören der Austausch zwischen Polizei und Medien sowie Schulungen zum Presserecht für Bedienstete der Bundespolizei und des Bundeskriminalamts¹³⁷. Einige Interessenträger äußerten sich jedoch besorgt darüber, dass der Schutz in den Bundesländern unterschiedlich gut ist¹³⁸. Einige Interessenträger berichteten über anhaltende Herausforderungen, was wirksame Ermittlungen bei Drohungen oder Angriffen angeht, und äußerten Bedenken hinsichtlich des Schutzes ihrer personenbezogenen Daten, die Journalistinnen und Journalisten mitunter davon abhielten, nach Drohungen oder Angriffen Strafanzeige zu erstatten¹³⁹. Darüber hinaus wurde von den Interessenträgern auch kritisiert, dass Gesetzentwürfe der letzten Zeit potenziell unzureichende Garantien zur Verhinderung eines ungerechtfertigten Zugriffs der Strafverfolgungsbehörden auf elektronische Kommunikationsdaten enthielten, und wiesen auf Risiken für den Schutz journalistischer Quellen hin¹⁴⁰.

Derzeit wird daran gearbeitet, Schutzmaßnahmen gegen SLAPP-Klagen in die Rechtsvorschriften aufzunehmen. Strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen), die sich gegen Journalistinnen und Journalisten richten, geben in der deutschen Medienlandschaft im Allgemeinen keinen Anlass zur Sorge¹⁴¹. Seit 2024 kofinanziert die Bundesregierung eine zivilgesellschaftliche Anlaufstelle, die Geschädigten

¹³³ Media Pluralism Monitor 2026, Länderbericht Deutschland, S. 11 und 12.

¹³⁴ Plattform des Europarats zur Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten (2026).

¹³⁵ Mapping Media Freedom (2026).

¹³⁶ Bundeskriminalamt (2026).

¹³⁷ Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 18; Länderbesuch in Deutschland, VAUNET, Landesmedienanstalten.

¹³⁸ Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 18.

¹³⁹ Wenn sich beispielsweise die kommunalen Behörden weigern, die Einsicht in personenbezogene Daten von Journalistinnen und Journalisten im Melderegister oder in Strafverfahren zu beschränken, bei denen die Einsicht in die Verfahrensakten dazu führen kann, dass die Privatadressen der gegnerischen Parteien bekannt werden. Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 18.

¹⁴⁰ Die Interessenträger sind besonders besorgt darüber, dass die Schutzvorkehrungen im Entwurf des Gesetzes über die Einführung einer IP-Adressspeicherung und der Entwurf der Reform des Gesetzes über den Bundesnachrichtendienst, die beide darauf abzielen, die Zuständigkeiten der Behörden in Bezug auf Datenspeicherung, Überwachung und Cyberfähigkeiten auszuweiten, unzureichend sein könnten. Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 18; Europäische Journalisten Föderation (2026), schriftlicher Beitrag, S. 17; Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 17 und 21; Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Journalisten-Verband.

¹⁴¹ Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20; Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20; Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Presserat, ZDF und ARD.

von SLAPP-Klagen psychosoziale Unterstützung anbietet. 2025 meldete die Anlaufstelle 48 Unterstützungsanfragen¹⁴². Im Dezember 2025 legte die Bundesregierung dem Bundestag einen Gesetzentwurf zur Umsetzung der Anti-SLAPP-Richtlinie der EU vor. Der Entwurf enthält Vorschriften, die dafür sorgen sollen, dass missbräuchliche Verfahren gegen kritische Äußerungen oder Berichterstattungen rasch abgeschlossen und unbegründete Klagen frühzeitig abgewiesen werden können¹⁴³. Darüber hinaus soll die Erhebung von Daten über SLAPP-Klagen ermöglicht werden¹⁴⁴. Die Interessenträger bedauerten, dass sich der Gesetzentwurf im Gegensatz zu einem früheren Entwurf nur auf grenzüberschreitende und nicht auf innerstaatliche Fälle bezieht und keine Bestimmungen zum Schutz vor Einschüchterungsversuchen im Vorfeld eines Rechtsstreits enthält¹⁴⁵.

IV. SONSTIGE INSTITUTIONELLE FRAGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER GEWALTENTEILUNG

Die Dauer von Konsultationen der Interessenträger und die Nutzung von Folgenabschätzungen werden von den Ministerien in der Praxis nach wie vor unterschiedlich gehandhabt. Der empfohlene Konsultationszeitraum für Gesetzentwürfe auf Bundesebene beträgt vier Wochen, es liegen jedoch keine zentralisierten Statistiken über die Konsultationsdauer vor, auch weil es keine zentrale Konsultationsplattform gibt¹⁴⁶. Der Nationale Normenkontrollrat (NKR)¹⁴⁷ sowie Interessenträger, auch aus der Wirtschaft, berichten weiterhin, dass zwischen den Ministerien in der Praxis erhebliche Unterschiede in der Länge der Konsultationszeiträume bestehen¹⁴⁸. Der NKR hebt ferner hervor, dass bei den Folgenabschätzungen in der Regel nur die Befolgungskosten der Vorschläge bewertet werden, aber keine umfassendere Kosten-Nutzen-Analyse vorgenommen wird. In der Modernisierungsagenda des Bundes ist vorgesehen, dass Folgenabschätzungen in einer frühen Phase des Verfahrens eine größere Rolle spielen sollen¹⁴⁹. Die OECD-Indikatoren zeigen, dass Deutschland bei der Einbeziehung der Interessenträger in die Politikgestaltung unter dem EU-Durchschnitt liegt, bei den Folgenabschätzungen zu Rechtsvorschriften jedoch überdurchschnittlich abschneidet¹⁵⁰. Was die parlamentarischen Anhörungen betrifft, so betont das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR), die mit dem Status A akkreditierte nationale Menschenrechtsinstitution, nach wie vor, dass der Empfehlung des Unterausschusses für Akkreditierung der Globalen Allianz der nationalen Menschenrechtsinstitutionen, die Teilnahme des Instituts an diesen Anhörungen zu formalisieren, nicht gefolgt wurde¹⁵¹.

¹⁴² Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20.

¹⁴³ Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 36.

¹⁴⁴ Länderbesuch in Deutschland, Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten und BKM.

¹⁴⁵ Länderbesuch in Deutschland, Deutscher Journalisten-Verband und Verlegerverband; Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20 und 21; Europäische Journalisten Föderation (2026), schriftlicher Beitrag, S. 17 und 18; Reporter ohne Grenzen (2026), schriftlicher Beitrag, S. 20.

¹⁴⁶ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 16 und 17.

¹⁴⁷ Der Nationale Normenkontrollrat (NKR) hat die Aufgabe, Entwürfe von Rechtsvorschriften daraufhin zu überprüfen, welche Kosten sie verursachen und ob weniger aufwendige Alternativen bestehen. Laut seinem Jahresbericht 2025 wurde die vierwöchige Frist für die Konsultation des NKR im Berichtszeitraum 2024/2025 nur in 48 % der Fälle eingehalten, während die Frist in 26 % der Fälle weniger als fünf Tage betrug. NKR (2026), S. 5.

¹⁴⁸ Länderbesuch in Deutschland, NKR, GFF, Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltverein, DIMR.

¹⁴⁹ Länderbesuch in Deutschland, NKR. Bundesregierung (2025b), S. 19 bis 22.

¹⁵⁰ OECD (2025a), S. 153.

¹⁵¹ DIMR (2026), schriftlicher Beitrag.

Am 1. Januar 2026 musste Deutschland noch vier Leiturteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte umsetzen, fünf weniger als im Vorjahr¹⁵². Zu diesem Zeitpunkt lag der Anteil der umgesetzten Leiturteile aus den letzten 10 Jahren in Deutschland bei 86 % (gegenüber 71 % im Jahr 2025; bei 14 % stand die Umsetzung noch aus), bis zur Umsetzung eines Urteils vergingen im Durchschnitt zwei Jahre und fünf Monate (gegenüber drei Jahren und acht Monaten im Jahr 2025)¹⁵³. Was die Einhaltung der Zahlungsfristen angeht, so gab es am 31. Dezember 2025 einen Fall mit ausstehender Zahlungsbestätigung (gegenüber null Fällen im Jahr 2024)¹⁵⁴. Am 17. Juni 2026 lag die Zahl der Leiturteile, deren Umsetzung noch ausstand, nach wie vor bei vier¹⁵⁵. Hinsichtlich der Umsetzung nationaler Urteile wurden einzelne Fälle der Nichtumsetzung oder Missachtung verbindlicher Gerichtsurteile durch Behörden als Grund zur Besorgnis genannt¹⁵⁶. Um die Durchsetzung von Verwaltungsgerichtsentscheidungen gegenüber Behörden zu verbessern, schlägt die Bundesregierung im Rahmen der Überarbeitung der Verwaltungsgerichtsordnung begrenzte Anpassungen vor, insbesondere, den Höchstbetrag der möglichen Geldbuße anzuheben und den Gerichten die wiederholte Verhängung von Geldbußen zu gestatten¹⁵⁷.

Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen in Deutschland haben Vertrauen in die Wirksamkeit des Investitionsschutzes. 56 % der Unternehmen sind sehr sicher oder eher sicher, dass Investitionen durch Gesetze und Gerichte geschützt werden; diese Zahl ist im Vergleich zu 2025 (58 %) leicht rückläufig¹⁵⁸. Was die für die Wirtschaftsbeteiligten relevanten Behörden anbelangt, so bewerteten 50 % der Befragten die Unabhängigkeit des Bundeskartellamts bei wettbewerbsrechtlichen Entscheidungen als sehr gut oder eher gut; diese Zahl ist im Vergleich zu 2025 (56 %) deutlich zurückgegangen¹⁵⁹. Das Bundesverwaltungsgericht ist für mehrere Arten von Rechtssachen mit Unternehmensbezug zuständig, darunter Rechtssachen im Zusammenhang mit öffentlichen Konzessionen, öffentlichen Aufträgen und wirtschaftlicher Regulierung. Für diese Fälle steht eine Reihe gerichtlicher Mechanismen zur Verbesserung der Effizienz zur Verfügung, etwa die

¹⁵² Der Überwachungsprozess ist auf der [Website](#) des Europarats erläutert.

¹⁵³ Alle Zahlen wurden vom European Implementation Network (EIN) berechnet und beruhen auf der Zahl der Verfahren, die am jährlichen Stichtag, dem 1. Januar 2026, als anhängig galten. EIN (2026), schriftlicher Beitrag, S. 4 und 5.

¹⁵⁴ Europarat (2026), S. 162. Die Zahlung wurde fristgerecht geleistet und die Bestätigung am 19. Januar 2026 übermittelt. Daraufhin schloss das Ministerkomitee das Verfahren am 29. April 2026 ab.

¹⁵⁵ Daten aus der Online-Datenbank des Europarats (HUDOC).

¹⁵⁶ Insbesondere ein Beschluss des Verwaltungsgerichts Berlin vom 2. Juni 2025, mit dem Zurückweisungen im Rahmen von Grenzkontrollen für rechtswidrig erklärt wurden (die Entscheidung im Hauptsacheverfahren steht noch aus). Liberties (2026), S. 305 und 306. Dieser Fall führte auch zu erheblichen Online-Angriffen auf den Richter sowie auf die Rechtsanwälte und NRO, die die Kläger unterstützen. Deutscher Richterbund, Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichtern (2026), schriftliche Beiträge, S. 12 bzw. S. 12.

¹⁵⁷ Bundesministerium der Justiz (2026). Der Höchstbetrag der Geldbuße wird von 10 000 EUR auf 25 000 EUR erhöht. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass die Geldbuße nicht der betreffenden Verwaltungsbehörde zugutekommt.

¹⁵⁸ EU-Justizbarometer 2026, Schaubilder 52 und 53. Von den befragten Investoren gaben 28 % an, dass häufige Gesetzesänderungen oder Bedenken hinsichtlich der Qualität des Gesetzgebungsprozesses ein Grund für mangelndes Vertrauen in den Investitionsschutz sind, und für 23 % stellen Bedenken hinsichtlich der Qualität, Effizienz oder Unabhängigkeit der Justiz einen solchen Grund dar.

¹⁵⁹ EU-Justizbarometer 2026, Schaubild 60.

Möglichkeit vorläufigen Rechtsschutzes, die gemeinsame Prüfung ähnlicher Rechtssachen oder die Bündelung mehrerer Rechtsmittel¹⁶⁰.

In Bezug auf die Empfehlung zur Anpassung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen wurden keine Fortschritte erzielt, was in der Praxis weiterhin zu Hindernissen für die Zivilgesellschaft führt¹⁶¹. Die Behörden bestätigen, dass nach Prüfung der Empfehlung keine Absicht besteht, den Rechtsrahmen für Steuerbefreiungen zugunsten gemeinnütziger Organisationen zu reformieren, da sie die geltenden Vorschriften als ausreichend ansehen¹⁶². In der Praxis stehen zivilgesellschaftliche Organisationen jedoch immer noch vor Problemen, insbesondere im Zusammenhang mit der Unsicherheit, welche Art von politischer Betätigung, die nicht mit dem gemeinnützigen Zweck der Organisation in Verbindung steht, zulässig ist, mit dem begrenzten Katalog der Zwecke als Voraussetzung für den Status der Gemeinnützigkeit und mit Beschränkungen bezüglich des Einsatzes „politischer Mittel“ zur Erreichung des erklärten Zwecks der Organisation¹⁶³. In diesem Zusammenhang berichten zivilgesellschaftliche Organisationen nach wie vor, dass bestimmte politische Parteien die Unklarheiten des derzeitigen Systems für die Zwecke einer Einschüchterungsstrategie instrumentalisieren und zivilgesellschaftliche Organisationen wegen angeblicher politischer Betätigung bei den Steuerbehörden melden¹⁶⁴, was weiterhin eine abschreckende Wirkung im Hinblick auf ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Teilnahme an öffentlichen Debatten hat. Insgesamt wurden in Bezug auf die Empfehlung keine Fortschritte erzielt.

Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen bei ihrer Tätigkeit noch immer vor einigen Herausforderungen, und Finanzierungsprogramme für Organisationen im Bereich der Demokratieförderung werden derzeit überprüft. Im Dezember 2025 wurde die Bewertung des zivilgesellschaftlichen Raums in Deutschland durch Civicus von „eingeschränkt“ auf „behindert“ herabgestuft¹⁶⁵. Es bestehen weiter Bedenken hinsichtlich Einschränkungen des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, einschließlich der übermäßigen Anwendung von Gewalt durch die Polizei und der Unterdrückung von Protesten¹⁶⁶, die von

¹⁶⁰ EU-Justizbarometer 2026, Schaubilder 66 und 67. Die vorgelegten Daten spiegeln ausschließlich die Mechanismen auf der obersten Ebene der Verwaltungsgerichtsbarkeit wider; an den Verwaltungsgerichten der unteren Instanzen gibt es möglicherweise dieselben oder andere Mechanismen.

¹⁶¹ Im Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025 wurde Deutschland empfohlen, „Schritte zu ergreifen, um den Plan zur Anpassung der Steuerbefreiung von gemeinnützigen Organisationen weiterzuverfolgen und so die Herausforderungen anzugehen, die mit den derzeit geltenden Vorschriften für den Betrieb dieser Organisationen in der Praxis verbunden sind, wobei europäische Standards für die Finanzierung zivilgesellschaftlicher Organisationen zu berücksichtigen sind.“ In Bezug auf diese Empfehlung waren auch 2025, 2024 und 2023 keine Fortschritte verzeichnet worden.

¹⁶² Insbesondere wird auf einen bestehenden Anwendungserlass zur Abgabenordnung verwiesen, der bestimmte Klarstellungen dazu enthält, was unter einer „gelegentlichen politischen Betätigung“ zu verstehen ist. Bundesregierung (2026), schriftlicher Beitrag, S. 2 und 3, und Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Finanzen.

¹⁶³ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 18. DIMR (2026), schriftlicher Beitrag. Liberties, Europäisches Bürgerforum (2026), schriftliche Beiträge, S. 313 bzw. S. 7. Länderbesuch in Deutschland, Allianz Rechtssicherheit. Einen Überblick über die wichtigsten Bedenken einer Allianz von mehr als 200 zivilgesellschaftlichen Organisationen in Bezug auf das derzeitige System finden Sie [hier](#).

¹⁶⁴ Europäisches Bürgerforum (2026), schriftlicher Beitrag, S. 7. Länderbesuch in Deutschland, Allianz Rechtssicherheit.

¹⁶⁵ Der Wert für Deutschland beträgt 60/100. Die Bewertung durch Civicus erfolgt anhand einer fünfstufigen Skala: offen (*open*), eingeschränkt (*narrowed*), behindert (*obstructed*), unterdrückt (*repressed*) und verschlossen (*closed*).

¹⁶⁶ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 18 und 19. Liberties (2026), schriftlicher Beitrag, S. 314.

mehreren Sonderberichterstattem der Vereinten Nationen und dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen¹⁶⁷, dem Menschenrechtskommissar des Europarats¹⁶⁸ und nationalen Interessenträgern¹⁶⁹ geäußert wurden. Die deutschen Behörden weisen darauf hin, dass diese Freiheiten auch nach der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention unter bestimmten Voraussetzungen eingeschränkt werden können, und dass die Maßnahmen in der Regel einer gerichtlichen Kontrolle unterliegen¹⁷⁰. In einigen Fällen haben Gerichte die Anwendung von Gewalt durch die Polizei oder die Auflösung von Veranstaltungen im Nachhinein für rechtswidrig befunden, wobei in einer Reihe von Fällen noch Rechtsbehelfe anhängig sind¹⁷¹. Eine im Dezember 2025 veröffentlichte Medienanalyse hat gezeigt, dass gegen zivilgesellschaftliche Organisationen gerichtete Narrative von politischen Akteuren und im breiteren öffentlichen Diskurs verbreitet werden, was auch von Interessenträgern festgestellt wird¹⁷². Zivilgesellschaftliche Organisationen äußern ferner Bedenken hinsichtlich der zunehmenden Infragestellung ihrer Finanzierung durch staatliche Programme und der Wahrnehmung von Versuchen, ihre Tätigkeit zu delegitimieren¹⁷³. In Bezug auf die Finanzierung der Zivilgesellschaft hat die Bundesregierung die Weiterentwicklung und Neuausrichtung des Programms „Demokratie leben!“ angekündigt, mit dem bis Sommer 2026 Initiativen zur Förderung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie für den Zeitraum 2025-2032 unterstützt werden¹⁷⁴, was von einigen Interessenträgern kritisiert wurde¹⁷⁵. Die im Dezember 2024 verabschiedete Engagementstrategie für den Freiwilligensektor wird weiter umgesetzt, wobei die Interessenträger den Runden Tisch mit dem Bundeskanzleramt begrüßen, der eingerichtet wurde, um im Hinblick auf den „Zukunftspakt Engagement“ Fragen im Zusammenhang mit dem freiwilligen Engagement zu erörtern¹⁷⁶.

¹⁶⁷ Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit (2026); Schreiben der Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2025b) und Pressemitteilung (2025a) als Reaktion auf die Antwort der Bundesregierung (2025c).

¹⁶⁸ Memorandum vom 15. April 2026 im Anschluss an den Besuch des Menschenrechtskommissars des Europarats im Oktober 2025, der auf ein Schreiben vom 6. Juni 2025 zurückging. In seiner Antwort vom 23. Juni 2025 auf das Schreiben sah Deutschland die Kritik als unbegründet an.

¹⁶⁹ Länderbesuch in Deutschland, DIMR, GFF, Allianz Rechtssicherheit. Europäisches Bürgerforum, Liberties (2026), schriftliche Beiträge, S. 4 bis 9 bzw. S. 316 bis 318. DIMR (2026), schriftlicher Beitrag.

¹⁷⁰ Länderbesuch in Deutschland, Bundesministerium der Justiz. Bundesregierung (2026a), zusätzlicher schriftlicher Beitrag.

¹⁷¹ Europäisches Bürgerforum (2026), schriftlicher Beitrag, S. 5. Liberties (2026), schriftlicher Beitrag, S. 317.

¹⁷² Maecenata Stiftung (2025). Europäisches Bürgerforum (2026), schriftlicher Beitrag, S. 4 und 5. Im Jahr 2025 ging das Vertrauen in NRO auf 40 % zurück, was einem Rückgang um 2 Prozentpunkte gegenüber 2024 entspricht. Edelman Trust Barometer (2025).

¹⁷³ Siehe auch eine Studie der Maecenata Stiftung (2026), aus der hervorgeht, dass rund 47 % aller parlamentarischen Anfragen in der laufenden Legislaturperiode, in denen zivilgesellschaftliche Organisationen erwähnt werden, eine Rhetorik enthalten, die ihre Tätigkeit delegitimiert (gegenüber 32 % und 10 % in den beiden vorangegangenen Legislaturperioden). Liberties (2026), schriftlicher Beitrag, S. 316.

¹⁷⁴ Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, S. 18 und 19. Europäisches Bürgerforum (2026), schriftlicher Beitrag, S. 5. DIMR (2026), schriftlicher Beitrag. Zivilgesellschaftliche Organisationen weisen darauf hin, dass den Empfängern mit den jüngsten Finanzierungsvereinbarungen restriktivere Bedingungen auferlegt wurden, unter anderem in Bezug auf die Haftung für Dritte (z. B. Redner bei Veranstaltungen) und das Erfordernis, Veröffentlichungen oder Erklärungen mit politischem Inhalt vorab genehmigen zu lassen. Länderbesuch in Deutschland, GFF, BBE.

¹⁷⁵ Länderbesuch in Deutschland, GFF, Allianz Rechtssicherheit, DIMR, Bündnis Bürgerschaftliches Engagement (BBE). BBE (2026).

¹⁷⁶ Zukunftspakt Engagement. Länderbesuch in Deutschland, BBE. Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Deutschland, S. 19.

Anhang I: Liste der Quellen in alphabetischer Reihenfolge*

* Die Liste der Beiträge, die im Rahmen der Konsultation zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 eingegangen sind, ist abrufbar unter https://commission.europa.eu/publications/2026-rule-law-report-targeted-stakeholder-consultation_de.

Abgeordnetenwatch (2023), Lobbyregister 2.0? Volle Lobbytransparenz gibt es immer noch nicht, <https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/lobbyregister-20-volle-lobbytransparenz-gibt-es-immer-noch-nicht>

Abgeordnetenwatch (2024), Diese Nebeneinkünfte haben die Abgeordneten im Bundestag, <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/diese-nebeneinkuenfte-haben-die-abgeordneten-im-bundestag>

Abgeordnetenwatch (2025), Die verdeckten Lobbynetze der Konzerne (15. Juli 2025), <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/die-verdeckten-lobbynetze-der-konzerne#:~:text=JavaScript%20muss%20aktiviert%20sein%2C%20um%20dieses%20Formular%20zu%20verwenden>

Abgeordnetenwatch (2025a), Transparenz stockt: Bundestag kommt mit Veröffentlichung von Nebeneinkünften nicht hinterher (30. Oktober 2025), <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/bundestag-kommt-mit-veroeffentlichung-von-nebeneinkuenften-nicht-hinterher>

Abgeordnetenwatch (2025b), Verstoß gegen Transparenzpflichten: Julia Klöckner und der exklusive Lobbyclub (9. Juni 2025), <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/interessenkonflikte/julia-kloeckner-und-der-exklusive-lobbyclub>

Abgeordnetenwatch (2026), Gut gedacht, schlecht gemacht: Warum die Ministerien beim Lobby-Fußabdruck versagen (6. März 2026), <https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/warum-die-ministerien-beim-lobby-fussabdruck-versagen>

Allianz Rechtssicherheit (undatiert), Forderungen zur Änderung der Rechtslage, <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/forderungen/>

Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026), zusätzlicher schriftlicher Beitrag zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen (2026), Beitrag des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesamt für Justiz (2025), Externe Meldestelle des Bundes, Jahresbericht, https://www.bundesjustizamt.de/SharedDocs/Downloads/DE/MeldestelledesBundes/Jahresbericht_2024.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Bundeskriminalamt (2025), Bundeslagebild Korruption 2024, <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Korruption/korruptionBundeslagebild2024.html?nn=28078>

Bundeskriminalamt (2026), Politisch motivierte Kriminalität 2025, <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen/PMKZahlen>

Bundesministerium der Finanzen (2026), Pressemitteilung: Bundesregierung beschließt Aktionsplan gegen Organisierte Kriminalität: Zoll und Bundeskriminalamt werden rechtlich, technisch und personell gestärkt (25. Februar 2026), <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/02/2026-02-25-aktionsplan-gegen-ok.html>

Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz (2026), Zeitenwende der Inneren Sicherheit: Neuausrichtung der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität sowie Finanz- und Rauschgiftkriminalität,

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Zoll/aktionsplan-gegen-organisierte-kriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Bundesministerium der Justiz (2025), Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechts – Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (17. Oktober 2025),

https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RefE/RefE_Umweltstrafrecht.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Bundesministerium der Justiz (2026), Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze,

https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RegE/RegE_7_VwGOAendG.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesministerium der Justiz (2026a), Pakt für den Rechtsstaat,

https://www.bmjv.de/DE/themen/pakt_fuer_den_rechtsstaat/pakt_fuer_den_rechtsstaat_ueberblick_no_de.html

Bundesministerium des Innern (2025a), Integrität in der Bundesverwaltung – Jahresbericht 2024,

https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/oeffentlicher-dienst/BMI25073-Integritaetsbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Bundesministerium des Innern (2025b), Antwort auf das Schreiben des Menschenrechtskommissars des Europarats vom 6. Juni 2025,

<https://rm.coe.int/reply-of-german-minister-of-interior-to-the-commisisoner-s-letter/1680b678ee>

Bundesministerium des Innern (2026), Zusätzlicher schriftlicher Beitrag zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2025), Evaluierung des Wettbewerbsregistergesetzes (10. Juli 2025),

<https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Evaluationen/Gesetze-Verordnungen/evaluierung-des-wettbewerbsregistergesetzes.html>

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (2026), Newsletter vom 26. März 2026,

<https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/newsletter-nr-5-vom-26-maerz-2026/#engagementpolitik1>

Bundesrechnungshof (2026), zusätzlicher schriftlicher Beitrag

Bundesrechtsanwaltskammer (2025), Internationale Rechtshilfe in Strafsachen: BRAK kritisiert Neuregelung,

<https://www.brak.de/newsroom/newsletter/nachrichten-aus-berlin/2026/ausgabe-2-2026-v-2112026/internationale-rechtshilfe-in-strafsachen-brak-kritisiert-neuregelung/>

Bundesrechtsanwaltskammer (2026), Beitrag der Bundesrechtsanwaltskammer zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesregierung (2025a), Koalitionsvertrag,

https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf

Bundesregierung (2025b), Modernisierungsagenda – für Staat und Verwaltung,

https://bmds.bund.de/fileadmin/BMDS/Dokumente/Modernisierungsagenda_barrierefrei-neu.pdf

Bundesregierung (2025c), Antwort Deutschlands auf die Gemeinsame Mitteilung AL DEU 2/2025,

<https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadFile?gId=39294>

Bundesregierung (2026), Beitrag Deutschlands zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundestagsverwaltung (2026), Beitrag der Bundestagsverwaltung zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 17. September 2025, Beamtenbesoldung Berlin, 2 BvL 5/18 u. a.

Bürgerschaft Hamburg, Ausschuss für Justiz (2025), Bericht: Ein weiterer Meilenstein für mehr Transparenz und Vertrauen in die Politik: Nach dem Transparenzportal bekommt Hamburg nun auch ein Lobbyregister – Antrag SPD/Grüne (22/17692),

https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/90016/22_17692_bericht_des_ausschusses_fuer_justiz_und_verbraucherschutz_ueber_die_drucksachen_22_17395_ein_weiterer_meilenstein_fuer_mehr_transparenz_und_vertrauen

Civicus, *Monitor tracking civic space – Germany* (Überwachungsprogramm zur Beobachtung des zivilgesellschaftlichen Raums – Deutschland),

<https://monitor.civicus.org/country/germany/>

Civil Liberties Union for Europe (Liberties) (2025a), *Liberties Rule of Law Report* (Liberties-Bericht über die Rechtsstaatlichkeit),

<https://www.liberties.eu/en/stories/rolreport2025-main/45330>

Civil Liberties Union for Europe (Liberties) (2026), Beitrag der Civil Liberties Union for Europe zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026,

<https://www.liberties.eu/f/wtaqoq>

Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), Stellungnahme zum Vergabebeschleunigungsgesetz (28. Juli 2025),

<https://www.dihk.de/resource/blob/135050/3663e6f5eeae6479c3499f8cc31412f/recht-dihk-stellungnahme-vergabebeschleunigungsgesetz-data.pdf>

Deutscher Anwaltverein (2026), Beitrag des Deutschen Anwaltvereins zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Deutscher Bundestag (2025a) Antrag: Starke Demokratie – Transparenz schaffen und parlamentarische Kontrolle stärken, Drucksache 21/2231 vom 15. Oktober 2025,

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/022/2102231.pdf>

Deutscher Bundestag (2025b), Bericht der Präsidentin des Deutschen Bundestages nach § 51 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 21/185 vom 21. Mai 2025,

<https://dserver.bundestag.de/btd/21/001/2100185.pdf>

Deutscher Bundestag (2026a), Debatte zu Demokratie leben – Engagement schützen, Förderstrukturen erhalten,

<https://dserver.bundestag.de/btp/21/21069.pdf#P.8396>

Deutscher Bundestag (2026b), Aussprache zur Verwandtenbeschäftigung bei AfD-Abgeordneten),

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw09-de-aktuelle-stunde-verwandtenaffaere-1149754>

Deutscher Richterbund (2025), Besonnenheit bei Verfassungsrichterwahl nötig,

<https://www.dr.b.de/newsroom/presse-mediencenter/pressemeldungen-auf-einen-blick/pressemeldung/news/besonnenheit-bei-verfassungsrichterwahl-noetig>

Deutscher Richterbund (2026), Beitrag des Deutschen Richterbunds zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Deutscher Richterbund (2026a), Flaschenhals Strafjustiz,

<https://www.dr.b.de/newsroom/presse-mediencenter/nachrichten-auf-einen-blick/nachricht/news/flaschenhals-strafjustiz>

Deutscher Richterbund (2026b), Justiz wird beim Einkommen abgehängt,

<https://www.dr.b.de/newsroom/presse-mediencenter/nachrichten-auf-einen-blick/nachricht/news/justiz-wird-beim-einkommen-abgehaengt>

Deutscher Richterbund (2026c), R-Besoldung 2025 in Bund und Ländern nach BVerfG-Kriterien vom 17. Sept. 2025,

https://www.richterbesoldung.de/fileadmin/Richterbesoldung/Dokumente/2025/DRB_Musterberechnung_R-Besoldung_2025_Tabelle.pdf

Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) (2026), Beitrag des Deutschen Instituts für Menschenrechte zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Edelman Trust Survey (2025), *Trust and the Crisis of Grievance Germany Report* (Vertrauen und die Beschwerdekrise – Deutschland-Bericht),

https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2025-01/2025%20Edelman%20Trust%20Barometer_Germany%20Report.pdf

Europäische Journalisten Föderation (2026), Beitrag der Europäischen Journalisten Föderation zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäische Kommission (2024), EU-Justizbarometer 2024

Europäische Kommission (2025), Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland

Europäische Kommission (2026), EU-Justizbarometer 2026

Europäische Kommission (2026), Länderbericht Deutschland des Europäischen Semesters

Europäische Staatsanwaltschaft (2026), Beitrag der EUSTa zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäische Staatsanwaltschaft (2026), Jahresbericht 2025,

<https://www.eppo.europa.eu/assets/annual-report-2025/index.html>

Europäisches Bürgerforum – Deutschland (2026), Beitrag des Europäischen Bürgerforums zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), Beitrag des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), *Mapping Media Freedom* (Kartierung der Medienfreiheit), Länderprofil Deutschland,

<https://www.mappingmediafreedom.org/>

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), *Media Pluralism Monitor 2026* (Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2026), <https://cmpf.eui.eu/projects-cmpf/media-pluralism-monitor/>

Europarat (2026), *Supervision of the execution of judgments decisions of the European Court of Human Rights – 19th Annual Report of the Committee of Ministers – 2025* (Überwachung der Vollstreckung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte – 19. Jahresbericht des Ministerkomitees – 2025),

<https://rm.coe.int/2025-annual-report/48802b1633>

Europarat: Plattform zur Förderung des Schutzes journalistischer Tätigkeiten und der Sicherheit von Journalisten

European Implementation Network (2026), Beitrag des European Implementation Network zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Generaldirektion Kommunikation (2026), *Flash Eurobarometer 582 on Businesses' attitudes towards corruption and businesses' perception of the independence of national justice systems in the EU and in selected enlargement countries in 2026* (Eurobarometer-Blitzumfrage 582 zur Einstellung der Unternehmen zur Korruption und zur Wahrnehmung der Unabhängigkeit der nationalen Justiz durch die Unternehmen in der EU und ausgewählten Erweiterungsländern im Jahr 2026)

Generaldirektion Kommunikation (2026), *Special Eurobarometer 573 on citizens' attitudes towards corruption in the EU in 2026* (Eurobarometer-Sonderumfrage 573 zur Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Korruption in der EU)

GRECO (2019a), 3. Evaluierungsrunde – Zweiter Nachtrag zum Zweiten Umsetzungsbericht zu Deutschland,

<https://rm.coe.int/third-evaluation-round-second-addendum-to-the-second-compliance-report/168094c73a>

GRECO (2019b), 5. Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht Deutschland,

<https://rm.coe.int/fifth-evaluation-round-preventing-corruption-and-promoting-integrity-i/1680a0b8d7>

GRECO (2021), 4. Evaluierungsrunde – Vorläufiger Umsetzungsbericht zu Deutschland,

<https://rm.coe.int/fourth-evaluation-round-corruption-prevention-in-respect-of-members-of/1680a26425>

GRECO (2022), 4. Evaluierungsrunde – Zweiter vorläufiger Umsetzungsbericht zu Deutschland,

<https://rm.coe.int/fourth-evaluation-round-corruption-prevention-in-respect-of-members-of/1680a9173f>

GRECO (2023), 5. Evaluierungsrunde – Umsetzungsbericht zu Deutschland,

<https://rm.coe.int/fifth-evaluation-round-preventing-corruption-and-promoting-integrity-i/1680aa89ee>

GRECO (2024), 4. Evaluierungsrunde – Nachtrag zum Zweiten Umsetzungsbericht zu Deutschland,

<https://rm.coe.int/fourth-evaluation-round-prevention-of-corruption-in-respect-of-members/1680b0d2fd>

GRECO (2025), 5. Evaluierungsrunde – Zweiter Umsetzungsbericht zu Deutschland,

<https://rm.coe.int/grecorc5-2025-8-final-eng-2nd-compliance-report-germany-public/488027d7cc>

Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) (2025), Justizhaushalte im Vergleich: Entwicklung, Struktur und Handlungsbedarfe für einen resilienten Rechtsstaat,

<https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/1852081>

KEF (2026), KEF empfiehlt deutlich geringere Anhebung des Rundfunkbeitrags,

<https://kef-online.de/presse/detail/kef-empfoehlt-deutlich-geringere-anhebung-des-rundfunkbeitrags>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025a), Pakt für den Rechtsstaat – Drei Säulen für eine starke Justiz,

https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-11/TOP%20I.28%20-%20Pakt_f%C3%BCr_den_Rechtsstaat.pdf

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025b), Verfassungstreue ehrenamtlicher Richterinnen und Richter,

<https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-11/TOP%20I.24%20-%20SN%20Verfassungstreue%20ehrenamtliche%20Richter.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025c), Zukunft der Kammer für Handelssachen,

<https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-06/TOP%20I.24%20-%20Zukunft%20der%20Kammer%20f%C3%BCr%20Handelssachen.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026a), Den Rechtsstaat bewahren und die Resilienz der Justiz stärken,

<https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2026-06/TOP%20I.20.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026b), Rechtsstaatskampagne der Länder zur Förderung der Nachwuchsgewinnung in der Justiz,

<https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2026-06/TOP%20I.19.pdf>

LobbyControl (2024), Ampel-Regierung beschließt endlich Lobby-Fußspur (6. März 2024), <https://www.lobbycontrol.de/lobby-fussspur/ampel-regierung-beschliesst-endlich-lobby-fussspur-114234/>

LobbyControl (2025), Lobbyeinfluss auf Gesetzgebung noch immer intransparent (23. Oktober 2025) <https://www.lobbycontrol.de/lobby-fussspur/lobbyeinfluss-auf-gesetzgebung-noch-immer-intransparent-122894/>

LobbyControl (2025a), Seitenwechsel: Christian Lindners weicher Fall – auch dank Springer und KKR (14. November 2025), <https://www.lobbycontrol.de/seitenwechsel/lindner-123206/>

LobbyControl (2025b), Derzeitige Lobby-Fußspur fast wirkungslos (10. Dezember 2025), <https://www.lobbycontrol.de/lobby-fussspur/derzeitige-lobby-fussspur-fast-wirkungslos-123475/>

LobbyControl (2025c), Policy Paper: Parteispenden, Strohmannen und Elon Musk im Wahlkampf (1. August 2025), <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/policy-paper-parteispenden-strohmannen-und-elon-musk-im-wahlkampf-122016/>

LobbyControl (2026), Parteispenden 2025: AfD-Großspenden explodieren, <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/parteispenden-2025-afd-grossspenden-explodieren-123936/>

LobbyControl/Abgeordnetenwatch/Transparency International (2025), Parteienfinanzierung – Offener Brief: Transparenz-Organisationen fordern Parteispendendeckel im Koalitionsvertrag (13. März 2025), <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/offener-brief-transparenz-organisationen-fordern-parteispendendeckel-im-koalitionsvertrag-120019/>

Maecenata Stiftung (2025), Der Anti-NGO-Diskurs – Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit, <https://www.maecenata.eu/2025/12/02/anti-ngo-diskurs-social-media-analyse/>

Maecenata Stiftung (2026), Der Anti-NGO-Diskurs: Kleine Anfragen – große Wirkung? https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/108344/ssoar-2026-buttner_et_al-Der_Anti-NGO-Diskurs_Kleine_Anfragen_.pdf?sequence=5&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2026-buttner_et_al-Der_Anti-NGO-Diskurs_Kleine_Anfragen_.pdf

Media Ownership Monitor Deutschland (2026), <https://germany.mom-gmr.org/en/>

Menschenrechtskommissar des Europarats (2025), *Human Rights Commissioner O’Flaherty’s visit to Germany: focus on migration, freedoms of assembly and expression, antisemitism and anti-Muslim hatred* (Besuch von Menschenrechtskommissar O’Flaherty in Deutschland: Schwerpunkte sind Migration, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Antisemitismus und Hass gegen Muslime), <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/human-rights-commissioner-o-flaherty-s-visit-to-germany-focus-on-migration-freedoms-of-assembly-and-expression-antisemitism-and-anti-muslim-hatred>

Menschenrechtskommissar des Europarats (2026), *Memorandum following the Commissioner’s visit to Germany from 13 to 17 October 2025* (Memorandum des Menschenrechtskommissars im Anschluss an seinen Besuch in Deutschland vom 13. bis 17. Oktober 2025), <https://rm.coe.int/memorandum-on-germany-following-visit-from-13-17-october-2025-by-micha/48802b4fc7>

Nationaler Normenkontrollrat (NKR) (2026), Jahresbericht 2025, https://www.normenkontrollrat.bund.de/Web/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresberichte/2025-jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Oberlandesgericht München (2025), Pressemitteilung: Strafverfahren gegen Eduard L. wegen des Verdachts der Bestechung von Mandatsträgern (30. Juli 2025),

<https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/oberlandesgerichte/muenchen/presse/2025/49.php>

OCCRP (2025), Organised Crime and Corruption Reporting Project: *Former German lawmakers on trial over alleged bribes from Azerbaijan* (Ehemalige deutsche Abgeordnete vor Gericht wegen mutmaßlicher Bestechungsgelder aus Aserbaidschan) (16. Januar 2025),

[https://www.occrp.org/en/news/former-german-lawmakers-on-trial-over-alleged-bribes-from-azerbaijan#:~:text=Reported%20by,%2DAzerbaijani%20Relations%20\(GEFDAB\)](https://www.occrp.org/en/news/former-german-lawmakers-on-trial-over-alleged-bribes-from-azerbaijan#:~:text=Reported%20by,%2DAzerbaijani%20Relations%20(GEFDAB))

OECD (2021), *Working Group on Bribery, Implementing the OECD Anti-Bribery Convention, Phase 4 - Two Year Follow-Up Report: Germany* (Arbeitsgruppe „Bestechung“, Umsetzung des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, Phase 4 – Zweijahres-Folgebericht: Deutschland),

<https://www.oecd.org/daf/anti-bribery/germany-phase-4-follow-up-report.pdf>

OECD (2025a), *Better regulation practices across the European Union 2025* (Verfahren für eine bessere Rechtsetzung in der gesamten Europäischen Union 2025),

https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2025/09/better-regulation-practices-across-the-european-union-2025_a3dfd5e6/6f007516-en.pdf

OECD (2025b), OECD-Arbeitsgruppe „Bestechung“, Öffentliche Kurzniederschrift über die Plenarsitzung 25.-27. Juni 2025,

<https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-sub-issues/fighting-foreign-bribery/oecd-working-group-on-bribery-public-summary-record-june-2025.pdf>

Presserat (2026a), Geschichte des Presserats,

<https://www.presserat.de/pressefreiheit.html>

Presserat (2026b), 2025: Erstmals mehr als 100 Rügen,

<https://www.presserat.de/jahresberichte-statistiken.html>

Reporter ohne Grenzen (2026), Beitrag von Reporter ohne Grenzen für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 – Deutschland

Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit (2025), *Preliminary observations* (Vorläufige Bemerkungen),

<https://www.ohchr.org/sites/default/files/statements/20260206-eom-stm-europe-central-asia-region-sr-protection-right-en.pdf>

Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2025a), *Press release: UN experts urge Germany to halt criminalisation and police violence against Palestinian solidarity activism* (Pressemitteilung: VN-Experten fordern Deutschland nachdrücklich auf, der Kriminalisierung und der Polizeigewalt gegen palästinensischen Solidaritätsaktivismus Einhalt zu gebieten),

<https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/10/un-experts-urge-germany-halt-criminalisation-and-police-violence-against>

Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2025b), Schreiben an Deutschland, AL DEU 2/2025,

<https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gId=30045>

Transparency International (2023), Stellungnahme anlässlich der Anhörung zum Parteiengesetz,

<https://www.bundestag.de/resource/blob/979884/5a65362863a0fb68ccf61995d2f64927/20-4-344.pdf>

Transparency International (2024), Lobbyranking 2024: Zaghafte Fortschritte in den meisten Bundesländern,

<https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/lobbyranking-2024>

Transparency International (2025a), Kernforderungen für mehr Transparenz und eine starke Antikorruptionspolitik,

https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2025/BTW_2025_Kernforderungen_TI-DE_Erlaeuterungen.pdf

Transparency International (2025b), Erste Verurteilung wegen strategischer Korruption: Transparency Deutschland begrüßt historisches Urteil in der Aserbaidtschan-Affäre, 30. Juli 2025, <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/erste-verurteilung-wegen-strategischer-korruption-transparency-deutschland-begruesst-historisches-urteil-in-der-aserbaidtschan-affaere-1>

Transparency International (2025c), Scheinwerfer: Das Magazin gegen Korruption (Dezember 2025), https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2025/Scheinwerfer-107_Geldwaesche.pdf

Transparency International (2025d), Alibi-Fußspur statt echtem exekutivem Fußabdruck (2. Juni 2025), <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/ein-jahr-exekutiver-fussabdruck>

Transparency International (2026), Beitrag von Transparency International Deutschland zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

UNODC (2020), Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption – *Country Review Report of Germany for the Review Cycle 2016-2021* (Länderbericht über die Überprüfung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Überprüfungszyklus 2016-2021), https://www.unodc.org/documents/treaties/UNCAC/CountryVisitFinalReports/2020_11_06_Germany_Final_Country_Report.pdf

VAUNET (2026), Beitrag von VAUNET zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

ZDF/Abgeordnetenwatch (2025), Drehtüreffekt im Bundestag (15. Juli 2025), <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/lobbyregister-bundestag-drehtuereffekt-bekannte-lobbyisten-100.html>

Anhang II: Länderbesuch in Deutschland

Im März und April 2026 fanden virtuelle Treffen der Kommissionsdienststellen mit den folgenden Teilnehmern statt:

- Abgeordnetenwatch
- Allianz Rechtssicherheit
- ARD
- Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister
- Auswärtiges Amt
- Bundesgerichtshof
- Bundeskriminalamt
- Bundesministerium der Finanzen
- Bundesministerium der Justiz
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesrechnungshof [schriftlich]
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Bundestagsverwaltung
- Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger
- Bundesverfassungsgericht
- Bundesverwaltungsgericht [schriftlich]
- Bündnis Bürgerschaftliches Engagement
- Deutsche Industrie- und Handelskammer
- Deutscher Anwaltverein
- Deutscher Journalisten-Verband
- Deutscher Richterbund
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten und Landesmedienanstalten
- Gesellschaft für Freiheitsrechte
- LobbyControl Deutschland
- Medienverband der freien Presse
- Nationaler Normenkontrollrat
- Presserat
- Staatsanwaltschaft
- Staatsminister für Kultur und Medien
- Transparency International Deutschland
- Verband Privater Medien (VAUNET)
- ZDF

* Darüber hinaus fand eine Reihe horizontaler Treffen der Kommission mit den folgenden Organisationen statt:

- Civil Liberties Union for Europe
- End FGM EU

- Europäische Partnerschaft für Demokratie
- Europäisches Bürgerforum
- Human Rights Watch
- ILGA-Europe
- Internationale Föderation für Menschenrechte
- Netz europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft „Civil Society Europe“
- Philea – Philanthropy Europe Association
- Transparency International EU

Anhang I: Liste der Quellen in alphabetischer Reihenfolge*

* Die Liste der Beiträge, die im Rahmen der Konsultation zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 eingegangen sind, ist abrufbar unter https://commission.europa.eu/publications/2026-rule-law-report-targeted-stakeholder-consultation_de.

Abgeordnetenwatch (2023), Lobbyregister 2.0? Volle Lobbytransparenz gibt es immer noch nicht, <https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/lobbyregister-20-volle-lobbytransparenz-gibt-es-immer-noch-nicht>

Abgeordnetenwatch (2024), Diese Nebeneinkünfte haben die Abgeordneten im Bundestag, <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/diese-nebeneinkuenfte-haben-die-abgeordneten-im-bundestag>

Abgeordnetenwatch (2025), Die verdeckten Lobbynetzwerke der Konzerne (15. Juli 2025), <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/lobbyismus/die-verdeckten-lobbynetzwerke-der-konzerne#:~:text=JavaScript%20muss%20aktiviert%20sein%2C%20um%20dieses%20Formular%20zu%20verwenden>

Abgeordnetenwatch (2025a), Transparenz stockt: Bundestag kommt mit Veröffentlichung von Nebeneinkünften nicht hinterher (30. Oktober 2025), <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/nebentaetigkeiten/bundestag-kommt-mit-veroeffentlichung-von-nebeneinkuenften-nicht-hinterher>

Abgeordnetenwatch (2025b), Verstoß gegen Transparenzpflichten: Julia Klöckner und der exklusive Lobbyclub (9. Juni 2025), <https://www.abgeordnetenwatch.de/recherchen/interessenkonflikte/julia-kloeckner-und-der-exklusive-lobbyclub>

Abgeordnetenwatch (2026), Gut gedacht, schlecht gemacht: Warum die Ministerien beim Lobby-Fußabdruck versagen (6. März 2026), <https://www.abgeordnetenwatch.de/kampagnen/warum-die-ministerien-beim-lobby-fussabdruck-versagen>

Allianz Rechtssicherheit (undatiert), Forderungen zur Änderung der Rechtslage, <https://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de/forderungen/>

Deutscher Anwaltverein (2026), Beitrag des Deutschen Anwaltvereins zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) (2026), Newsletter vom 26. März 2026, <https://www.b-b-e.de/bbe-newsletter/newsletter-nr-5-vom-26-maerz-2026/#engagementpolitik1>

Bürgerschaft Hamburg, Ausschuss für Justiz (2025), Bericht: Ein weiterer Meilenstein für mehr Transparenz und Vertrauen in die Politik: Nach dem Transparenzportal bekommt Hamburg nun auch ein Lobbyregister – Antrag SPD/Grüne (22/17692), https://www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/90016/22_17692_bericht_des_ausschusses_fuer_justiz_und_verbrauchersch_utz_ueber_die_drucksachen_22_17395_ein_weiterer_meilenstein_fuer_mehr_transparenz_und_vertrauen

Civicus, Monitor tracking civic space – Germany (Überwachungsprogramm zur Beobachtung des zivilgesellschaftlichen Raums – Deutschland), <https://monitor.civicus.org/country/germany/>

Civil Liberties Union for Europe (Liberties) (2025a), Liberties Rule of Law Report (Liberties-Bericht über die Rechtsstaatlichkeit), <https://www.liberties.eu/en/stories/rolreport2025-main/45330>

Civil Liberties Union for Europe (Liberties) (2026), Beitrag der Civil Liberties Union for Europe zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026, <https://www.liberties.eu/f/wtaqoq>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026a), Den Rechtsstaat bewahren und die Resilienz der Justiz stärken, <https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2026-06/TOP%20I.20.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026b), Rechtsstaatskampagne der Länder zur Förderung der Nachwuchsgewinnung in der Justiz, <https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2026-06/TOP%20I.19.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025a), Pakt für den Rechtsstaat – Drei Säulen für eine starke Justiz, <https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-11/TOP%20I.28%20-%20Pakt%20f%C3%BCr%20den%20Rechtsstaat.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025b), Verfassungstreue ehrenamtlicher Richterinnen und Richter, <https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-11/TOP%20I.24%20-%20SN%20Verfassungstreue%20ehrenamtliche%20Richter.pdf>

Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2025c), Zukunft der Kammer für Handelssachen, <https://www.justiz.nrw.de/sites/default/files/2025-06/TOP%20I.24%20-%20Zukunft%20der%20Kammer%20f%C3%BCr%20Handelssachen.pdf>

Europarat (2026), *Supervision of the execution of judgments decisions of the European Court of Human Rights – 19th Annual Report of the Committee of Ministers – 2025* (Überwachung der Vollstreckung von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte – 19. Jahresbericht des Ministerkomitees – 2025), <https://rm.coe.int/2025-annual-report/48802b1633>

Menschenrechtskommissar des Europarats (2025), *Human Rights Commissioner O’Flaherty’s visit to Germany: focus on migration, freedoms of assembly and expression, antisemitism and anti-Muslim hatred* (Besuch von Menschenrechtskommissar O’Flaherty in Deutschland: Schwerpunkte sind Migration, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Antisemitismus und Hass gegen Muslime), <https://www.coe.int/en/web/commissioner/-/human-rights-commissioner-o-flaherty-s-visit-to-germany-focus-on-migration-freedoms-of-assembly-and-expression-antisemitism-and-anti-muslim-hatred>

Menschenrechtskommissar des Europarats (2026), *Memorandum following the Commissioner’s visit to Germany from 13 to 17 October 2025* (Memorandum des Menschenrechtskommissars im Anschluss an seinen Besuch in Deutschland vom 13. bis 17. Oktober 2025), <https://rm.coe.int/memorandum-on-germany-following-visit-from-13-17-october-2025-by-micha/48802b4fc7>

Europarat: Plattform zur Förderung des Schutzes journalistischer Tätigkeiten und der Sicherheit von Journalisten

Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK), Stellungnahme zum Vergabebeschleunigungsgesetz (28. Juli 2025), <https://www.dihk.de/resource/blob/135050/3663e6f5eeae6479c3499f8cc31412f/recht-dihk-stellungnahme-vergabebeschleunigungsgesetz-data.pdf>

Generaldirektion Kommunikation (2026), *Flash Eurobarometer 582 on Businesses’ attitudes towards corruption and businesses’ perception of the independence of national justice systems in the EU and in selected enlargement countries in 2026* (Eurobarometer-Blitzumfrage 582 zur Einstellung der Unternehmen zur Korruption und zur Wahrnehmung der Unabhängigkeit der nationalen Justiz durch die Unternehmen in der EU und ausgewählten Erweiterungsländern im Jahr 2026)

Generaldirektion Kommunikation (2026), *Special Eurobarometer 573 on citizens’ attitudes towards corruption in the EU in 2026* (Eurobarometer-Sonderumfrage 573 zur Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Korruption in der EU)

Edelman Trust Survey (2025), *Trust and the Crisis of Grievance Germany Report* (Vertrauen und die Beschwerdekrise – Deutschland-Bericht), <https://www.edelman.de/sites/g/files/aatuss401/files/2025-01/2025%20Edelman%20Trust%20Barometer%20Germany%20Report.pdf>

Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (2026), zusätzlicher schriftlicher Beitrag zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäisches Bürgerforum – Deutschland (2026), Beitrag des Europäischen Bürgerforums zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), Beitrag des Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), *Mapping Media Freedom* (Kartierung der Medienfreiheit), Länderprofil Deutschland <https://www.mappingmediafreedom.org/>

Europäisches Zentrum für Presse- und Medienfreiheit (2026), *Media Pluralism Monitor 2026* (Überwachungsmechanismus für Medienpluralismus 2026), <https://cmpf.eui.eu/projects-cmpf/media-pluralism-monitor/>

Europäische Kommission (2024), EU-Justizbarometer 2024

Europäische Kommission (2025), Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2025, Länderkapitel zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland

Europäische Kommission (2026), Länderbericht Deutschland des Europäischen Semesters

Europäische Kommission (2026), EU-Justizbarometer 2026

Europäische Journalisten Föderation (2026), Beitrag der Europäischen Journalisten Föderation zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

European Implementation Network (2026), Beitrag des European Implementation Network zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Europäische Staatsanwaltschaft (2026), Jahresbericht 2025, <https://www.eppo.europa.eu/assets/annual-report-2025/index.html>

Europäische Staatsanwaltschaft (2026), Beitrag der EUSTa zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesrechtsanwaltskammer (2025), Internationale Rechtshilfe in Strafsachen: BRAK kritisiert Neuregelung, <https://www.brak.de/newsroom/newsletter/nachrichten-aus-berlin/2026/ausgabe-2-2026-v-2112026/internationale-rechtshilfe-in-strafsachen-brak-kritisiert-neuregelung/>

Bundesrechtsanwaltskammer (2026), Beitrag der Bundesrechtsanwaltskammer zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundeskriminalamt (2026), Politisch motivierte Kriminalität 2025, <https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen/PMKZahlen>

Bundeskriminalamt (2025), Bundeslagebild Korruption 2024, <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Korruption/korruptionBundeslagebild2024.html?nn=28078>

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2025), Evaluierung des Wettbewerbsregistergesetzes (10. Juli 2025), <https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Evaluationen/Gesetze-Verordnungen/evaluierung-des-wettbewerbsregistergesetzes.html>

Bundesamt für Justiz (2025), Externe Meldestelle des Bundes, Jahresbericht, https://www.bundesjustizamt.de/SharedDocs/Downloads/DE/MeldestelledesBundes/Jahresbericht_2024.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Deutscher Bundestag (2025a) Antrag: Starke Demokratie – Transparenz schaffen und parlamentarische Kontrolle stärken, Drucksache 21/2231 vom 15. Oktober 2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/022/2102231.pdf>

Deutscher Bundestag (2025b), Bericht der Präsidentin des Deutschen Bundestages nach § 51 Absatz 6 des Abgeordnetengesetzes, Drucksache 21/185 vom 21. Mai 2025, <https://dserver.bundestag.de/btd/21/001/2100185.pdf>

Deutscher Bundestag (2026a), Debatte zu Demokratie leben – Engagement schützen, Förderstrukturen erhalten, <https://dserver.bundestag.de/btp/21/21069.pdf#P.8396>

Deutscher Bundestag (2026b), Aussprache zur Verwandtenbeschäftigung bei AfD-Abgeordneten), <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw09-de-aktuelle-stunde-verwandtenaffaere-1149754>

Bund Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen (2026), Beitrag des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter und Verwaltungsrichterinnen zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 17. September 2025, Beamtenbesoldung Berlin, 2 BvL 5/18 u. a.

Bundesrechnungshof (2026), zusätzlicher schriftlicher Beitrag

Bundesregierung (2025a), Koalitionsvertrag, https://www.koalitionsvertrag2025.de/sites/www.koalitionsvertrag2025.de/files/koav_2025.pdf

Bundesregierung (2025b), Modernisierungsagenda – für Staat und Verwaltung, https://bmnds.bund.de/fileadmin/BMDS/Dokumente/Modernisierungsagenda_barrierefrei-neu.pdf

Bundesregierung (2025c), Antwort Deutschlands auf die Gemeinsame Mitteilung AL DEU 2/2025, <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadFile?gId=39294>

Bundesregierung (2026), Beitrag Deutschlands zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Deutsches Institut für Menschenrechte (DIMR) (2026), Beitrag des Deutschen Instituts für Menschenrechte zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Deutscher Richterbund (2025), Besonnenheit bei Verfassungsrichterwahl nötig, <https://www.drj.de/newsroom/presse-mediencenter/pressemeldungen-auf-einen-blick/pressemeldung/news/besonnenheit-bei-verfassungsrichterwahl-noetig>

Deutscher Richterbund (2026), Beitrag des Deutschen Richterbunds zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Deutscher Richterbund (2026a), Flaschenhals Strafjustiz, <https://www.drj.de/newsroom/presse-mediencenter/nachrichten-auf-einen-blick/nachricht/news/flaschenhals-strafjustiz>

Deutscher Richterbund (2026b), Justiz wird beim Einkommen abgehängt, <https://www.drj.de/newsroom/presse-mediencenter/nachrichten-auf-einen-blick/nachricht/news/justiz-wird-beim-einkommen-abgehaengt>

Deutscher Richterbund (2026c), R-Besoldung 2025 in Bund und Ländern nach BVerfG-Kriterien vom 17. Sept. 2025, https://www.richterbesoldung.de/fileadmin/Richterbesoldung/Dokumente/2025/DRB_Musterberechnung_R-Besoldung_2025_Tabelle.pdf

GRECO (2019a), 3. Evaluierungsrunde – Zweiter Nachtrag zum Zweiten Umsetzungsbericht zu Deutschland, <https://rm.coe.int/third-evaluation-round-second-addendum-to-the-second-compliance-report/168094c73a>

GRECO (2019b), 5. Evaluierungsrunde – Evaluierungsbericht Deutschland, <https://rm.coe.int/fifth-evaluation-round-preventing-corruption-and-promoting-integrity-i/1680a0b8d7>

GRECO (2021), 4. Evaluierungsrunde – Vorläufiger Umsetzungsbericht zu Deutschland, <https://rm.coe.int/fourth-evaluation-round-corruption-prevention-in-respect-of-members-of/1680a26425>

GRECO (2022), 4. Evaluierungsrunde – Zweiter vorläufiger Umsetzungsbericht zu Deutschland, <https://rm.coe.int/fourth-evaluation-round-corruption-prevention-in-respect-of-members-of/1680a9173f>

GRECO (2023), 5. Evaluierungsrunde – Umsetzungsbericht zu Deutschland, <https://rm.coe.int/fifth-evaluation-round-preventing-corruption-and-promoting-integrity-i/1680aa89ee>

GRECO (2024), 4. Evaluierungsrunde – Nachtrag zum Zweiten Umsetzungsbericht zu Deutschland, <https://rm.coe.int/fourth-evaluation-round-prevention-of-corruption-in-respect-of-members/1680b0d2fd>

GRECO (2025), 5. Evaluierungsrunde – Zweiter Umsetzungsbericht zu Deutschland, <https://rm.coe.int/grecorc5-2025-8-final-eng-2nd-compliance-report-germany-public/488027d7cc>

Institut für Wirtschaftsforschung (ifo) (2025), Justizhaushalte im Vergleich: Entwicklung, Struktur und Handlungsbedarfe für einen resilienten Rechtsstaat, <https://collections.fes.de/publikationen/content/titleinfo/1852081>

KEF (2026), KEF empfiehlt deutlich geringere Anhebung des Rundfunkbeitrags, <https://kef-online.de/presse/detail/kef-empfoehlt-deutlich-geringere-anhebung-des-rundfunkbeitrags>

LobbyControl (2024), Ampel-Regierung beschließt endlich Lobby-Fußspur (6. März 2024), <https://www.lobbycontrol.de/lobby-fussspur/ampel-regierung-beschliesst-endlich-lobby-fussspur-114234/>

LobbyControl (2025), Lobbyeinfluss auf Gesetzgebung noch immer intransparent (23. Oktober 2025), <https://www.lobbycontrol.de/lobby-fussspur/lobbyeinfluss-auf-gesetzgebung-noch-immer-intransparent-122894/>

LobbyControl (2025a), Seitenwechsel: Christian Lindners weicher Fall – auch dank Springer und KKR (14. November 2025), <https://www.lobbycontrol.de/seitenwechsel/lindner-123206/>

LobbyControl (2025b), Derzeitige Lobby-Fußspur fast wirkungslos (10. Dezember 2025), <https://www.lobbycontrol.de/lobby-fussspur/derzeitige-lobby-fussspur-fast-wirkungslos-123475/>

LobbyControl (2025c), Policy Paper: Parteispenden, Strohmannen und Elon Musk im Wahlkampf (1. August 2025), <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/policy-paper-parteispenden-strohmaenner-und-elon-musk-im-wahlkampf-122016/>

LobbyControl (2026), Parteispenden 2025: AfD-Großspenden explodieren, <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/parteispenden-2025-afd-grossspenden-explodieren-123936/>

LobbyControl/Abgeordnetenwatch/Transparency International (2025), Parteienfinanzierung – Offener Brief: Transparenz-Organisationen fordern Parteispendendeckel im Koalitionsvertrag (13. März 2025), <https://www.lobbycontrol.de/parteienfinanzierung/offener-brief-transparenz-organisationen-fordern-parteispendendeckel-im-koalitionsvertrag-120019/>

Maecenata Stiftung (2025), Der Anti-NGO-Diskurs – Angriffe auf die Zivilgesellschaft in der medialen Öffentlichkeit, <https://www.maecenata.eu/2025/12/02/anti-ngo-diskurs-social-media-analyse/>

Maecenata Stiftung (2026), Der Anti-NGO-Diskurs: Kleine Anfragen – große Wirkung?, <https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/108344/ssoar-2026-buttner-et-al-Der-Anti-NGO-Diskurs-Kleine-Anfragen-.pdf?sequence=5&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2026-buttner-et-al-Der-Anti-NGO-Diskurs-Kleine-Anfragen-.pdf>

Media Ownership Monitor Deutschland (2026), <https://germany.mom-gmr.org/en/>

Bundesministerium der Finanzen (2026), Pressemitteilung: Bundesregierung beschließt Aktionsplan gegen Organisierte Kriminalität: Zoll und Bundeskriminalamt werden rechtlich, technisch und personell gestärkt (25. Februar 2026), <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2026/02/2026-02-25-aktionsplan-gegen-ok.html>

Bundesministerium der Finanzen, Bundesministerium des Innern, Bundesministerium der Justiz (2026), Zeitenwende der Inneren Sicherheit: Neuausrichtung der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität sowie Finanz- und Rauschgiftkriminalität,

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Zoll/aktionsplan-gegen-organisierte-kriminalitaet.pdf?__blob=publicationFile&v=9

Bundesministerium der Justiz (2025), Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafrechts – Umsetzung der Richtlinie (EU) 2024/1203 über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt (17. Oktober 2025),

https://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RefE/RefE_Umweltstrafrecht.pdf?__blob=publicationFile&v=2

Bundesministerium der Justiz (2026a), Pakt für den Rechtsstaat, https://www.bmju.de/DE/themen/pakt_fuer_den_rechtsstaat/pakt_fuer_den_rechtsstaat_ueberblick_no_de.html

Bundesministerium der Justiz (2026), Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung der Verwaltungsgerichtsordnung und anderer Gesetze, https://www.bmju.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetzgebung/RegE/RegE_7_VwGOAendG.pdf?__blob=publicationFile&v=4

Bundesministerium des Innern (2025a), Integrität in der Bundesverwaltung – Jahresbericht 2024, https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/oeffentlicher-dienst/BMI25073-Integritaetsbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=3

Bundesministerium des Innern (2025b), Antwort auf das Schreiben des Menschenrechtskommissars des Europarats vom 6. Juni 2025, <https://rm.coe.int/reply-of-german-minister-of-interior-to-the-commisisoner-s-letter/1680b678ee>

Bundesministerium des Innern (2026), Zusätzlicher schriftlicher Beitrag zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Nationaler Normenkontrollrat (NKR) (2026), Jahresbericht 2025, https://www.normenkontrollrat.bund.de/Web/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Jahresberichte/2025-jahresbericht.pdf?__blob=publicationFile&v=5

Oberlandesgericht München (2025), Pressemitteilung: Strafverfahren gegen Eduard L. wegen des Verdachts der Bestechung von Mandatsträgern (30. Juli 2025), <https://www.justiz.bayern.de/gerichte-und-behoerden/oberlandesgerichte/muenchen/presse/2025/49.php>

OCGRP (2025), Organised Crime and Corruption Reporting Project: *Former German lawmakers on trial over alleged bribes from Azerbaijan* (Ehemalige deutsche Abgeordnete vor Gericht wegen mutmaßlicher Bestechungsgelder aus Aserbaidschan) (16. Januar 2025), [https://www.ocgrp.org/en/news/former-german-lawmakers-on-trial-over-alleged-bribes-from-azerbaijan#:~:text=Reported%20by,%2DAzerbaijani%20Relations%20\(GEFDAB\)](https://www.ocgrp.org/en/news/former-german-lawmakers-on-trial-over-alleged-bribes-from-azerbaijan#:~:text=Reported%20by,%2DAzerbaijani%20Relations%20(GEFDAB))

OECD (2021), *Working Group on Bribery, Implementing the OECD Anti-Bribery Convention, Phase 4 - Two Year Follow-Up Report: Germany* (Arbeitsgruppe „Bestechung“, Umsetzung des OECD-Übereinkommens über die Bekämpfung der Bestechung, Phase 4 – Zweijahres-Folgebericht: Deutschland), <https://www.oecd.org/daf/anti-bribery/germany-phase-4-follow-up-report.pdf>

OECD (2025a), *Better regulation practices across the European Union 2025* (Verfahren für eine bessere Rechtsetzung in der gesamten Europäischen Union 2025), https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/publications/reports/2025/09/better-regulation-practices-across-the-european-union-2025_a3dfd5e6/6f007516-en.pdf

OECD (2025b), OECD-Arbeitsgruppe „Bestechung“, Öffentliche Kurzniederschrift über die Plenarsitzung 25.-27. Juni 2025, <https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-sub-issues/fighting-foreign-bribery/oecd-working-group-on-bribery-public-summary-record-june-2025.pdf>

Bundestagsverwaltung (2026), Beitrag der Bundestagsverwaltung zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Presserat (2026a), Geschichte des Presserats, <https://www.presserat.de/pressefreiheit.html>

Presserat (2026b), 2025: Erstmals mehr als 100 Rügen, <https://www.presserat.de/jahresberichte-statistiken.html>

Reporter ohne Grenzen (2026), Beitrag von Reporter ohne Grenzen für den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026 – Deutschland

Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2025a), *Press release: UN experts urge Germany to halt criminalisation and police violence against Palestinian solidarity activism* (Pressemitteilung: VN-Experten fordern Deutschland nachdrücklich auf, der Kriminalisierung und der Polizeigewalt gegen palästinensischen Solidaritätsaktivismus Einhalt zu gebieten), <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/10/un-experts-urge-germany-halt-criminalisation-and-police-violence-against>

Sonderverfahren des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen (2025b), Schreiben an Deutschland, AL DEU 2/2025, <https://spcommreports.ohchr.org/TMResultsBase/DownloadPublicCommunicationFile?gId=30045>

Transparency International (2023), Stellungnahme anlässlich der Anhörung zum Parteiengesetz, <https://www.bundestag.de/resource/blob/979884/5a65362863a0fb68ccf61995d2f64927/20-4-344.pdf>

Transparency International (2024), Lobbyranking 2024: Zaghafte Fortschritte in den meisten Bundesländern, <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/lobbyranking-2024>

Transparency International (2025a), Kernforderungen für mehr Transparenz und eine starke Antikorrupsionspolitik, https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2025/BTW_2025_Kernforderungen_TI-DE_Erlaeuterungen.pdf

Transparency International (2025b), Erste Verurteilung wegen strategischer Korruption: Transparency Deutschland begrüßt historisches Urteil in der Aserbaidshan-Affäre, 30. Juli 2025, <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/erste-verurteilung-wegen-strategischer-korruption-transparency-deutschland-begruesst-historisches-urteil-in-der-aserbaidshan-affaere-1>

Transparency International (2025c), Scheinwerfer: Das Magazin gegen Korruption (Dezember 2025), https://www.transparency.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/2025/Scheinwerfer-107_Geldwaesche.pdf

Transparency International (2025d), Alibi-Fußspur statt echtem exekutivem Fußabdruck (2. Juni 2025), <https://www.transparency.de/aktuelles/detail/article/ein-jahr-exekutiver-fussabdruck>

Transparency International (2026), Beitrag von Transparency International Deutschland zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit (2025), *Preliminary observations* (Vorläufige Bemerkungen), <https://www.ohchr.org/sites/default/files/statements/20260206-eom-stm-europe-central-asia-region-sr-protection-right-en.pdf>

UNODC (2020), Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption – *Country Review Report of Germany for the Review Cycle 2016-2021* (Länderbericht über die Überprüfung der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Überprüfungszyklus 2016-2021), https://www.unodc.org/documents/treaties/UNCAC/CountryVisitFinalReports/2020_11_06_Germany_Final_Country_Report.pdf

VAUNET (2026), Beitrag von VAUNET zum Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2026

ZDF/Abgeordnetenwatch (2025), Drehtüreffekt im Bundestag (15. Juli 2025), <https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/lobbyregister-bundestag-drehtuereffekt-bekannte-lobbyisten-100.html>

Anhang II: Länderbesuch in Deutschland

Im März und April 2026 fanden virtuelle Treffen der Kommissionsdienststellen mit den folgenden Teilnehmern statt:

- *Abgeordnetenwatch*
- Allianz Rechtssicherheit
- ARD
- Verband Privater Medien (VAUNET)
- *Bündnis Bürgerschaftliches Engagement*
- Ausschuss für EU-Angelegenheiten der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister
- Bundesrechnungshof [schriftlich]
- Bundesverwaltungsgericht [schriftlich]
- Bundesrechtsanwaltskammer
- Bundesverfassungsgericht
- Bundeskriminalamt
- Bundesgerichtshof
- Deutscher Journalisten-Verband
- Deutscher Anwaltverein
- Deutsche Industrie- und Handelskammer
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Deutscher Richterbund
- Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger
- *Gesellschaft für Freiheitsrechte*
- Gemeinsame Geschäftsstelle der Medienanstalten und Landesmedienanstalten
- LobbyControl Deutschland
- Medienverband der freien Presse
- Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium der Finanzen
- Auswärtiges Amt
- Bundesministerium der Justiz
- Staatsminister für Kultur und Medien
- Bundesministerium des Innern
- Nationaler Normenkontrollrat
- Bundestagsverwaltung
- Presserat
- Staatsanwaltschaft
- Transparency International Deutschland
- ZDF

* Darüber hinaus fand eine Reihe horizontaler Treffen der Kommission mit den folgenden Organisationen statt:

- Civil Liberties Union for Europe
- Netz europäischer Organisationen der Zivilgesellschaft „Civil Society Europe“

- End FGM EU
- Europäisches Bürgerforum
- Europäische Partnerschaft für Demokratie
- Human Rights Watch
- ILGA-Europe
- Internationale Föderation für Menschenrechte
- Philea – Philanthropy Europe Association
- Transparency International EU